Informations-Dienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

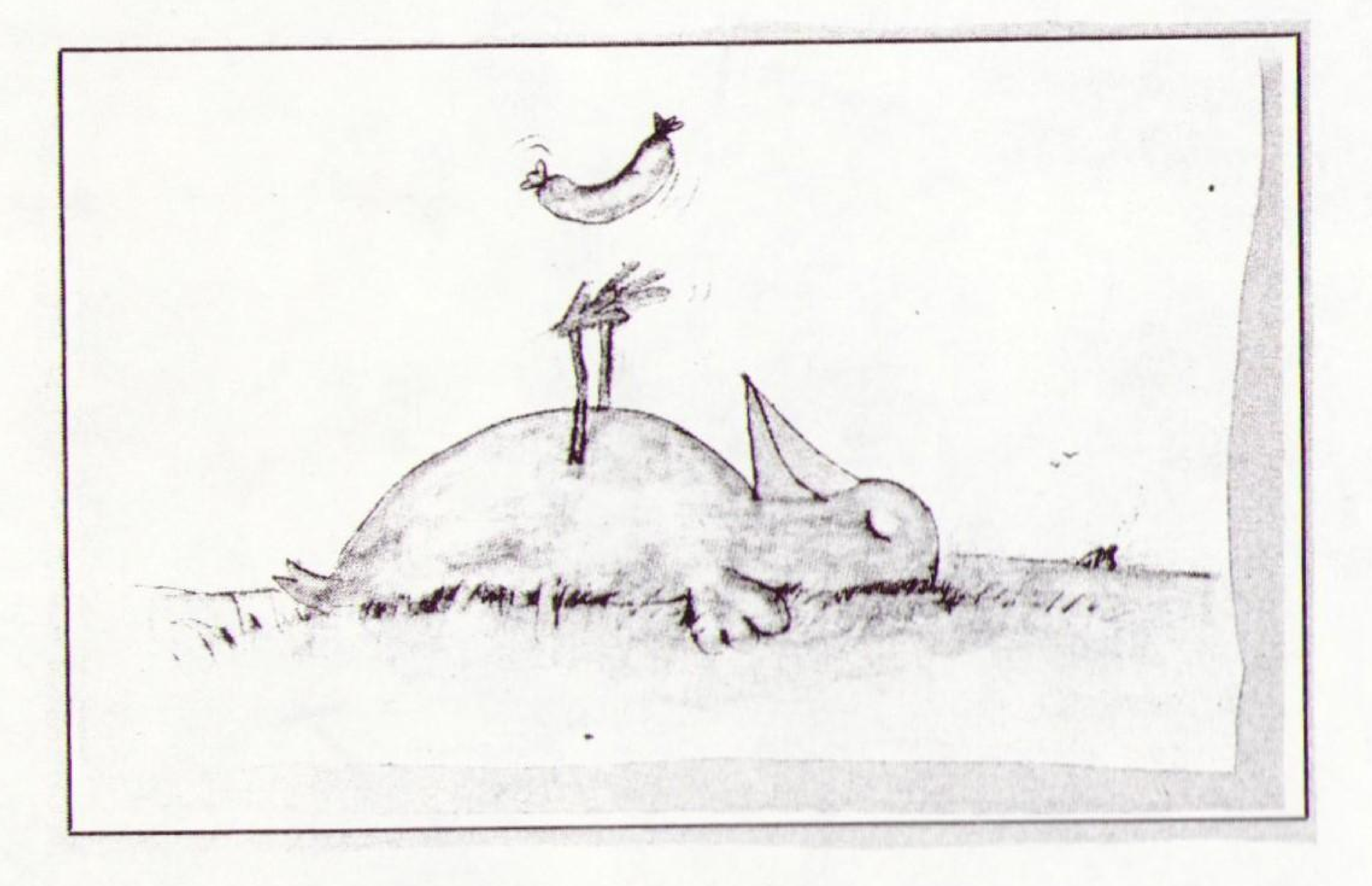
ID

Erscheint wöchentlich Nr. 299 14. September 1979 1,50 DM incl. 6,5 MWst. D 1870 CX



NEUES VOM BILDERDIENST

Der Karl vom ID ist zur Zeit in Gorleben und hat uns ein paar Bilder geschickt.Wir haben schöne Aufnahmen vom herbstlichen Lüchow-Dannenberg: just heute morgen sind drei neue Filme eingetrudelt, die die Auseinandersetzungen bei den Tiefbohrungen dokumentieren.
Außerdem könnt ihr folgende Bilder bei uns bestellen:
Aktion zum Bohrbeginn:
In Berlin errichtete die dortige Bürgerinitiative Energieplanung und Umweltschutz Kreuzberg am Kottbusser Tor einen Bohrturm und informierte über die Tiefbohrungen im Gorlebener Salzstock.
Ökodorf Wien:
Die Aufnahmen dokumentieren das Leben im Ökodorf.
Thema Straßenmusik/Theater:
Über den Sommer haben sich eine Menge Bilder von Straßentheatergruppen und Musikanten angesammelt: Klaus der Geiger, Tommi, Blasorchester, Mobiles Einsatzorchester, York Zirkus und viele mehr.
Ja und wie immer könnt ihr auch alle Bilder bestellen, die im ID abgedruckt wurden oder die in unserem reichhaltigen Archiv lagern, ruft also mal an!
ID-BILDERDIENST, Postfach 900 343, 6000 Frankfurt 90, Tel. 0611/ 704352



Frankfurt Atomenergie im Film
Der Aktionskreis Leben – Gewerkschafter gegen Atom zeigt jeden zweiten Mittwoch , jeweils um 19.30 Uhr Filme zu verschiedenen Themenbereichen der Atomenergie.
Die Filme sollen anschließend diskutiert werden.
Die Veranstaltungsreihe beginnt Mittwoch,19.September. Sie findet im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses Frankfurt, in der Wilhelm Leuschner Str. 69, statt.
Auf der ersten Veranstaltung wird Jakob Moneta über die Ziele des Arbeitskreises informieren und auf die Bedeutung der Gewerkschaften in der Energiedebatte eingehen.
Themenbereich Technik und atomarer Kreislauf:
19.9. "Kernfragen" von Rüdiger Proske
3.10. "Mehr Atomkraftwerke" von Per Mannstaedt
Themenbereich Industrie und Arbeitsplätze:
17.10. "Zum Erfolg verurteilt" - eine Produktion der CFDT - Gewerkschaft für atomare Energie
31.10. "Risiko und Fortschritt" und "Sichere Energieversorgung"
Themenbereich regenerierbare Energiequellen:
14.11 "Natürliche Energie"
Themenbereich Widerstand gegen die Atompolitik:
28.11. "Gorleben" von Karin Seybold und "Das Uran gehört der Regenbogenschlange" von Nina Gladitz
12.12. "Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv" von Nina Gladitz

Hallo, du Schnapsnase aus Braunschweig:
Du wolltest wissen, wo's T-Shirts usw. mit aufgemalten Kastanienblättern gibt. So hab ich jedenfalls Deine eindrucksvolle Zeichnung interpretiert. Ich hab Dir den ID 280 eingepackt, aber keine Ahnung, wie Du heißt und wo Du wohnst. Versuchs mal damit:

Außerdem gibt's für die "Legalise Cannabis Campaign" tolle Ansteckknöpfe, bunt mit Aufdruck für 2 DM, Luftballons, 50 Stck für 13 DM, T-Shirts (grünes Grasblatt auf weißer Baumwolle) für 12 DM. Die Kohle geht an die Legalise Cannabis Campaign. Geld im voraus an Heinz Peter Lauf, PSchK Dortmund, Nr. 1104-463 + weitere Informationen bei Laufi + Holy Flip, Ewaldstr. 189, 4352 Herten

GANZ KURZE

Der Buchladen "Schwarze Geiß" in Konstanz ist umgezogen. Er wohnt jetzt am Obermarkt 14, 7750 Konstanz, Tel. 07531/ 21 444

Die Jungdemokraten aus Baden-Württemberg fordern im Zusammenhang mit dem Prozeß gegen die Fantasia-Drucker die Abschaffung des § 88a (Zensur). Außerdem teilen sie mit, daß ihr Landesgeschäftsführer Harald Brust Ende September die eritreische Volksbefreiungsfront EPLF besucht.

Der ajz-druck+verlag sucht kritische Literatur, Praxis- und Erfahrungsberichte aus allen Bereichen (keine Lyrik). Außerdem sucht er Druckaufträge.
AJZ-Druck und Verlag, Heeper Str. 132, 4800 Bielefeld 1, Tel. 0521/ 32 37 18

Das Kinderschloß Ockstadt in der Nähe von Friedberg (fünf Erwachsene, vier Kinder, 2.000 qm Wohnfläche, 12.000 qm Land) renoviert und will ein Kleinstheim für Kinder und eine alternative Tagungs- und Ferienstätte einrichten. Dafür werden noch Leute (Pädagogen und Handwerker) gesucht.
Kinderschloß Ockstadt, Tel. 06031/ 5515, Bachgasse 36, 6369 Friedberg-Ockstadt

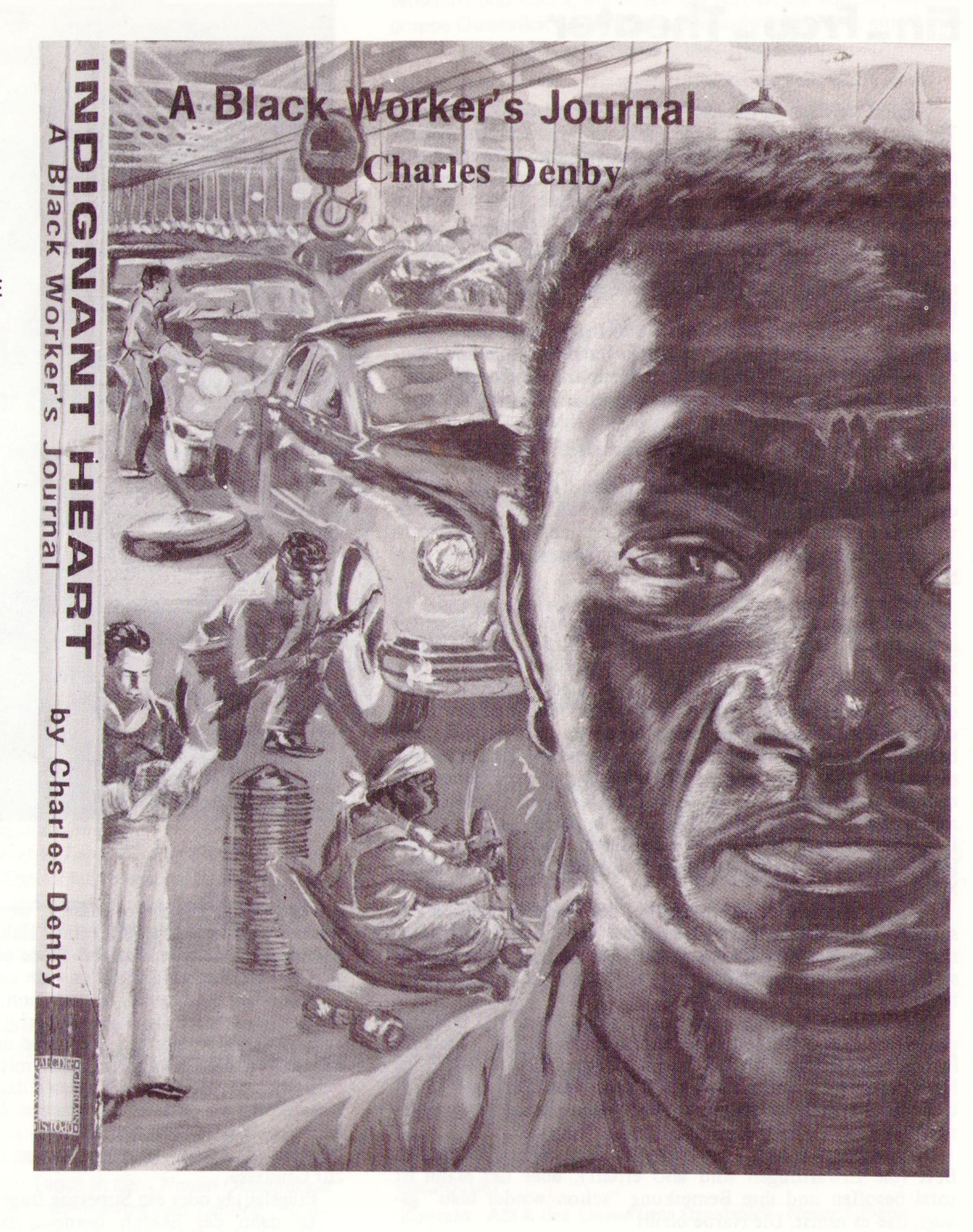
Darmstadt – Leihbücherei für Gefangene

Die Schwarze Hilfe Darmstadt will eine Leihbücherei für Gefangene einrichten. Sie schreibt dazu:

Wir haben uns gedacht, daß bei vielen Leuten ein Haufen Bücher rumliegen, die eh nicht mehr gelesen werden, die aber zum Wegwerfen zu schade sind. Jetzt habt ihr endlich eine gute Verwendungsmöglichkeit dafür gefunden: schickt sie uns! Unverschämterweise bitten wir euch außerdem, wenn ihr uns Bücher schickt, die Paketannahmegebühr schon im Voraus zu zahlen. Für euch ist das ne einmalige Sache, für uns wirds teuer, wenn wir viele Pakete bekommen (was wir ja hoffen). Wir wenden uns vor allen Dingen auch an die ganzen linken und Alternativ-Verlage oder Buchhandlungen.
Überlegt euch, was ihr am liebsten lesen würdet, wenn ihr im Knast sitzt und schickt das Zeug ab.

Schwarze Hilfe, c/o Peter Hetzler, Rhönring 95, 6100 Darmstadt.

Ben Freshley, ein Arbeiter aus Philadelphia, hat das Titelbild von „Empörtes Herz" 1952 gemalt.



ID-BIBLIOGRAPHIE

„Indignant Heart - A Black Worker's Journall", South End Press, Boston, Massachusetts, U.S.A. (Bezug über News & Letters, 2832 East Grand Boulevard, Romm 316, Detroit, Michigan 48211, U.S.A.) 1978.–10 Mark.

Seid nicht sauer, daß wir (ausnahmsweise) ein amerikanisches Buch anzeigen. Schließlich können manche Englisch, und wer es mit Zappa oder der Rocky Horror Picture Show aufnimmt, kann auch "Indignant Heart" lesen. Es ist die Lebensgeschichte eines schwarzen Chrysler-Arbeiters, vielleicht die einzige Autobiographie eines lebenden schwarzen Arbeiters überhaupt. Matthew/Charles (das sind zwei Pseudonyme, der Mann heißt anders) erinnert sich noch, wie ihm seine Großmutter von dem Sklavenmarkt erzählte, wo sie als Zwölfjährige auf eine Farm in Alabama verkauft wurde. Damit fängt Matthews Geschichte an, deren erster Teil bereits 1952 erschienen ist. Strikt vom Alltag eines Mannes her und peinlich genau wird die Wanderung der Schwarzen von den Baumwollfeldern des Südens zu den Fabriken des Nordens beschrieben, die beiden Weltkriege, die große Depression, die Ghetto-Aufstände, die Entstehung und Bürokratisierung der Autoarbeiter-Gewerkschaft. Fünfundzwanzig Jahre nach dem Erscheinen von „Indignant Heart" lebte Matthew immer noch, trotz Chrysler und trotz des Ghettos von Detroit. 1977 schrieb er das Vierteljahrhundert dazu, in dem die Freiheitsmärsche, Stokeley Carmichael, die Kennedys, Martin Luther King und die Black Panthers auftauchten. Inzwischen ist er auch ein politischer Kommentator geworden und hat die bekannten politischen Figuren der Schwarzen aus der Nähe kennengelernt.

Dennoch verliert die amerikanische Geschichte, wie sie Denby erzählt, nie den Hauch von Skepsis, Mißtrauen und schierer Müdigkeit des Hinterbänklers aus der Gewerkschaftsversammlung, der am nächsten Morgen – und jeden Morgen bis zur Rente – wieder Montagsautos herstellen wird. Charles' Geschichte in der Fabrik endet mit den Sitzstreiks und Unruhen bei Chrysler im Jahr 1973. Die Pleite von Chrysler, die heute die U.S.A. erschüttert, hat in dieser bockigen Arbeitertradition eine ihrer besten Wurzeln.

Wenn es stimmt, daß Wagenbach oder Rotbuch oder welcher Verlag auch immer das „Empörte Herz" auf Deutsch herausbringen will: hervorragend – vielleicht entdecken wir auch hierzulande mehr „revolutionäre Anti-Helden".

Richard

Ein – Frau – Theater



Aktion in der B-Ebene, Frankfurter Hauptwache, eine Theaterfrau, enttäuscht, daß auch an Mitbestimmungstheatern oder bei freien Theatergruppen fast ausschließlich Männerthemen gespielt und - falls überhaupt Frauenkonflikte zum Zuge kommen - diese aus Männersicht inszeniert werden, diese Christa provoziert Frauen und Männer.

Vorerst macht sie Straßentheater, sie möchte auch gerne in Fabriken, Krankenhäusern oder wo sonst Frauen sind, agieren und mit ihren Satiren Frauenprobleme an eine breitere Öffentlichkeit bringen.

Bis heute ist es ihr - obwohl sie 170 Briefe an Frauenorganisationen und -zeitschriften verschickt hat, nur Anke und Konrad haben sich zur Mitarbeit bereit erklärt - nicht gelungen, weitere Akteure zu gewinnen, die ohne fixes Einkommen, einfach der Sache wegen, unter die Leute gehen wollen um die verdeckten Skandale unserer Zeit auf alternative Weise anzugehen.

Ihren ersten Text - Thema geprügelte Frauen - hat sie vor der Einstudierung mit Mitgliedern des Heidelberger Frauenzentrums besprochen und mit deren praktischer Erfahrung hautnah überarbeitet. Konrad Matera unterstützte sie bei den Proben.

Ablauf eines Auftritts, der möglicherweise B-Ebenen-typisch ist: Sie legt ein Wachstuch auf die Erde, eine Plastiktasche mit ihren Utensilien dazu. Schon bleiben die ersten Passanten stehen. Bis sie sich das Kostüm angezogen hat, ist ein dichter Zuschauerkreis vorhanden, wobei die makabre Kleidung eine Rolle spielen mag. Die Puppe ist rosa mit zellulitisbefallenen Oberschenkeln ("na, wer so aussieht, der geschieht's recht, wenn sie geschlagen wird" kommentiert ein Toleranzverdächtiger, der außerdem ein 'Nein-Danke-Emblem' trägt), eine zerschlagene Nase, nur ihr Mund und die Augen sind zu sehen. Ihre Prügelnarben sind mit vielen eingenähten Flicken markiert, verschiedenfarbig - je nach Verursacher, Vater, Freund, Mann und - Mutter.

Christa überwindet ihre Angst vor der Feindlichkeit der Zuschauer - aus Erfahrung weiß sie, daß sich diese gleich nach ihren ersten Worten wie eine Wand aufbauen wird - und stürzt sich ins Spiel um zu demonstrieren, was in vielen Haushalten blutiger Ernst ist.

"Mein Mann hat mich geschlagen, mein Mann hat mich geprügelt" - die Drumherumstehenden räuspern sich, kichern, lachen laut, flüchten in Bemerkungen wie: "Die soll sich ins Hemd machen, dann hat se da ach noch was drin" oder in Erläuterungsversuche "Studentinnen testen Zuschauerreaktionen".

Sie erzählt was sich abgespielt hat, Essen fertig, Kinder im Bett (die Erwartungen sind also erfüllt), aber der Mann ist total besoffen und ihre Bemerkung "schon wieder blau" genügt, daß es rumst. Die Narbe bleibt.

Wenn sie fragt: "Ist hier noch eine Frau, die von ihrem Mann geschlagen wird, Du, Du oder Du. . . ist vielleicht ein Mann da, der seine Frau schlägt" ist niemand der rund 120 Zuschauer persönlich betroffen. Gäbe es möglicherweise in einem Fußballstadion einen einzigen persönlich Betroffenen? Kaum. In Frankfurt jedenfalls sind die bestehenden Frauenhäuser ständig überbelegt. Aber diese Zuschauer sind Engel, sie können sich garnicht vorstellen, daß Prügeln unter Erwachsenen eine Umgangsform sein kann; oder wenn, dann nur in "proletarischen Kreisen".

Der Einwand, da ist der Dramaturg, der seine Scheidungsdiskussion auch mit Prügeln und Fußtritten austrägt oder der Chirurg am Nordwestkrankenhaus, der seine Freundin blau schlägt, weil sie gegen seinen Willen eine Zigarette raucht - wird eher nicht geglaubt. Eine private Angelegenheit, die die Öffentlichkeit nicht interessiert.

Während der Aktion wird die Betroffenheit fühlbar stärker, wenn Christa die Ratschläge zitiert, die ihr von 'berufenen' Helfern gegeben werden. "Ich hab's 30 Jahre mit Deinem Vater ausgehalten und leb immer noch" tröstet die Mutter. Oder die Polizei: "Liebe Frau, da hätten wir ja viel zu tun, wenn wir uns jedes Mal kümmern müßten, wenn so ne Frau um Hilfe schreit". Und die Eheberaterin: "Haben Sie doch mal Geduld, Verständnis, machen Sie das Beste aus Ihrem Typ, lassen Sie sich ne Überraschung einfallen - ein neues Negligee vielleicht . .

Wenn Christa schreit, was sie denn noch tun könne, bringen es besonder 'Betroffene' sogar fertig "aufhängen!" zu raten.

Sagt der Arzt dann: ". . . Sie sind neurotisch, hysterisch, Sie haben Verfolgungswahn, ich hab mit Ihrem Mann diesbezüglich schon gesprochen, wir müssen dann unter Umständen eine Behandlung in einer geschlossenen Anstalt in Erwägung ziehen . . ." wird das von einigen Zuschauern mit Gelächter quittiert. Anderen bleibt das Lachen im Hals stecken und wird zur Grimasse.

Prügelalltag oder ein Supergag fragen manche Gesichter.

Ist dann der Sketch beendet, zieht Christa ihre Maske herunter und fordert zur Diskussion auf. Der Zuschauerkreis steht wie gebannt, kaum einer löst sich sofort. Ungläubigkeit, daß so etwas häufig passieren könne. . . "wir Älteren tun so was gewiß nicht" . . ." ich habe meine Frau noch nie geschlagen, aber wenn es vereinzelt doch vorkommen sollte. . ." und die Begründungswelle rollt:

Das Gesellschaftssystem, der Streß am Arbeitsplatz, die Wohnverhältnisse, die Maloche, der Alkohol, Erscheinung des Kapitalismus, Mechanismen der Aggression - da hilft nur die große Revolution. Und die Rednerliste für die Herren der Schöpfung ist eröffnet. Die meisten Frauen gehen weg und überlassen denjenigen, die unser Gesellschaftssystem bestimmen, das Feld. Es wird viel gefragt. 'Die ganz gewöhnliche Gewalt in der Ehe' ist ein ausgezeichnetes Argumentationsmittel, wenn man - wie ich - nicht direkt mit Frauenhäusern arbeitet. Als Pointe noch die Frage eines Diskutanten: "Wieso engagieren Sie sich so intensiv, wenn Sie nicht verheiratet sind?"

Kontaktadresse: Christa Müller bei Klein, Scheffelstr. 30, 6000 Frankfurt am Main.

aus Frauenblatt 9/79



„Bei den Erdbeben, die kommen werden, werde ich hoffentlich/ Meine Virginia nicht ausgehen lassen durch Bitterkeit/ Ich, Bertolt Brecht, in die Asphaltstädte verschlagen"

DER RCDS MACHT POLITIK

OSNABRÜCK August '79 *Liebe Freunde/innen, in den letzten Tagen hat der RCDS der Universität Osnabrück in mehreren überregionalen Tageszeitungen eine Kampagne gegen den AStA und den Präsidenten der Uni gestartet. Dabei wird versucht, den AStA über unwahre Behauptungen über die Finanzführung zu kriminalisieren.*

Wir vom AStA wären Euch sehr dankbar, wenn Ihr unsere Presseerklärung abdrucken würdet, vor allem, weil wir gerade in den Semesterferien darauf angewiesen sind, eine breite Gegenöffentlichkeit zu schaffen.

„...Während der RCDS anfangs seine Diffamierungen auf Flugblätter an der Universität beschränkte, geht er jetzt, in den Semesterferien, damit auch an die regionale und überregionale Presse. So war in den letzten Tagen in der „Neuen Osnabrücker Zeitung" und in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" zu lesen, daß der AStA angeblich einen Haushalt über 200.000 DM auf einem DIN-A4-Blatt, ohne weitere Erklärungen, im Studentenparlament verabschieden ließ, ohne rechtliche Absicherung 10.000 DM an Studenten verschenkt habe, durch die Aufführung undurchsichtiger Haushaltstitel 27.000 DM veruntreue, die Kontrolle über das Guthaben der Studentenschaft unmöglich mache etc.

Schon im Juli dieses Jahres wandte sich der RCDS mit diesen Feststellungen und der Aufforderung, die Gelder der Osnabrükker Studentenschaft zu sperren, an den Präsidenten der Universität Osnabrück, Prof. Dr. M. Horstmann. Als der Präsident nach eingehender Prüfung daraufhin mitteilte, daß er die Bedenken des RCDS nicht teilen könne, vielmehr die Arbeit des AStA für ordentlich und satzungsgemäß halte, leitete der RCDS gegen ihn eine Dienstaufsichtsbeschwerde ein. Dabei gehen wir jedoch davon aus, daß diese Dienstaufsichtsbeschwerde nicht dazu dienen soll, den Präsidenten in irgendeiner Weise zu disziplinieren, vielmehr versucht der RCDS hiermit, auf einer „höheren Ebene", durch das Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kunst, die Arbeit des AStAs, der von der Basisgruppe Osnabrück gestellt wird, einzuschränken bzw. eine Amtsenthebung und Kriminalisierung voranzutreiben.

Daß es dem RCDS in der ganzen Kampagne überhaupt nicht um die Finanzen der Studentenschaft geht, machen zwei Beispiele sehr deutlich:

— Der RCDS kritisiert, daß der AStA einer von Studenten getragenen Eltern-Kinder-Gruppe 5.000 DM überlassen hat. Schon im Mai 1979 hatte aber das MWK in einem Gutachten festgestellt, daß die Schenkung satzungsmäßig zu vertreten sei. Dieses Gutachten war dem RCDS als schon zwei Monate vor seiner Kampagne bekannt.

— In einem anderen Fall moniert der RCDS die Gewährung eines Darlehens über 5.000 DM an einen Studenten, der für seine körperbehinderte Tochter einen Kleintransporter anschaffen mußte, und der vor dem Sozialgericht mit Unterstützung der Gewerkschaft gegen das Sozialamt, das eine Anschaffung eines Kleintransporters ablehnte, klagt.

Im Studentenparlament stimmte auch der RCDS der Gewährung dieses Darlehens zu, in der Öffentlichkeit nutz er es jedoch , um hiermit die Veruntreuung studentischer Gelder zu propagieren.

Allein diese Beispiele machen deutlich, wie absurd diese wie auch alle anderen Vorwürfe des RCDS sind.
Sie machen aber auch deutlich, daß RCDS seine „studentenfreundliche Politik" nur als Vorhängeschild gebraucht, um durch Kriminalisierung und Disziplinierung das umzusetzen, was ihm anders an der Universität Osnabrück noch nie geglückt ist, nämlich die Durchsetzung von RCDS-Politik.

Darüberhinaus betrachten wir diese Politik des RCDS als weitere Versuche, die Organe der Verfaßten Studentenschaft, und damit die Verfaßte Studentenschaft selber, zu zerschlagen. Daß dabei der Zeitpunkt dieser Kampagne nicht zufällig ist, wird deutlich, wenn man die „Demokratischen Blätter", das Zentralorgan des RCDS, vom Juli 1979 betrachtet, in denen der RCDS für die Abschaffung der Vereinigten Deutschen Studentenschaften und für die Einführung eines „Bundes-Studentenparlaments" eintritt. Dabei ist dem RCDS jedes Mittel recht, wie schon viele Beispiele, z.B. Göttingen, Münster, gezeigt haben. Sicher ist, daß der RCDS nicht davor zurückschreckt, für die Sicherung seiner Ziele Studentenvertreter vor Gericht zu bringen, ihre Amtsenthebung voranzutreiben, und vielleicht, und dies wäre doch neu, auch über die Disziplinierung von Universitäts-Präsidenten.

Wir werden eine solche Politik des RCDS nicht zulassen und uns mit allen Mitteln, wenn es sein muß auch mit juristischen, zur Wehr setzen, gegen den RCDS uns seine studentenfeindliche Politik!"

Kontakt: AStA der Universität Osnabrück, Neuer Graben (Schloß), 4500 Osnabrück.

ALLE VÖGEL SIND SCHON GAR.
№ 42

ROCK GEGEN RECHTS

BREMEN
3. September

Auch in Bremen gibt es ein Rock gegen Rechts-Festival, und zwar am 29./30. September. Zu dieser Zeit findet in Bremen auch der NPD-Parteitag statt. Dazu drei der Organisatoren:

Wir, drei Mitorganisatoren der Free Concerts 76/77/78 in Bremen, begrüßen es, daß auch in Bremen jetzt eine Rock-gegen-Rechts-Veranstaltung stattfindet. Rockmusik war immer Ausdruck des Widerstandes der Jugend gegen Gehirnverkalkung und Ariel. Daher halten wir RGR für die notwendige Fortführung aller Umsonst&draußen-Festivals (Vlotho, Bremen ...) für die von uns immer angestrebte Politisierung als Antwort auf die immer stärker werdende Repression in diesem Lande.

Mit einiger Besorgnis verfolgen wir allerdings folgende Tendenzen:

– Der erste Aufruf von RGR Bremen war annähernd dem Parteiprogramm der DKP entnommen.
– Der Unterstützerkreis bestand lediglich aus DKP-nahen Menschen.
– In einem RGR-Bremen-Flugblatt wurden Leute und Organisationen als Unterstützer eines RGR-Aufrufes genannt, die ihn in dieser Form nicht unterstützten, ein von ihnen geforderter Zusatz wurde gestrichen.
– Die RGR-Sitzungen wurden kaum öffentlich bekannt gemacht und Vertreter der Alternativen Liste rausgeschmissen.

Daß diese Versuche der DKP/SDAJ-Gruppen, sich frei organisierte Festivals für ihre Ziele einzuverleiben, nicht zufällig sind, zeigt ein Artikel im ID 292. Nachdem anfangs RGR als Spontischeiße abqualifiziert wurde, versucht die DKP nach der erfolgreichen Frankfurter Veranstaltung sich RGR auf ihre Fahnen zu schreiben: „...das große antifaschistische Potential bei der Jugend..." (UZ, 20.6.79). Plötzlich taucht z.B. in Hamburg die DKP auf dem dortigen RGR Plenum auf, bietet ihre Zusammenarbeit an, selbstverständlich ohne Antikommunisten, Gewerkschaftsfeinden, Spontis, Chaoten und Alternativen Listen. Originalzitat: „Eine Bindung mit der Bunten Liste wäre eine Beschränkung der Breite des Bündnisses...". Dieses würde de facto einen Ausschluß aller bisherigen Mitarbeiter und Träger an frei organisierten Konzerten bedeuten.

So sieht man/frau/mensch/kind (mannomann der Setzer) (wo bleiben die kinder,,,? ? ? ? ? der lay-outer) *(warum so umständlich? mensch ist doch ein akzeptabler sammelbegriff, oder? die Sätzerin vom ID)* denn auch in Bremen, wie sich die DKP eine Bündnisbreite vorstellt: Nur Leute, die der DKP/SDAJ nahestehen, aber lediglich in ihrer Funktion als ‚Betriebsratsvorsitzender', ‚Shantychorsänger', ‚Keyboardspieler', ‚Free-Concert-Organisator', ‚Professor', etc. unterschreiben. So unterschreibt dann der ganze DKP Ortsverein in einer wahrhaft ‚Bunten Liste'.

Diese ‚Bündnisbreite' lehnen wir ab. In der Initiative Free Concert Bremen hat es nie Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegeben. Wir sind der Meinung, daß dieses auch für ein RGR Festival gelten muß.

Unter diesen Voraussetzungen rufen wir alle Straßenmusiker, Feuerschlucker, Antifaschisten, Spontis, Emmas, Schwulen, Grünen, Lesben, Alternativen, Makrobioten, Anarchisten, Kriegsdienstverweigerer, Beatnicks, Hipsters, Yippies, Hippies, Punker, sowie alle anderen Menschen (vor allem die Setzer und Setzerinnen) (außer allen Faschisten) auf:
Kommt zum RGR Festival in Bremen!
Ein RGR von und für uns!

Kontakt: Frank Pusch, Stendorfer Str. 39, 2800 Bremen



"FULDAER STADTZEITUNG" NICHT GEDRUCKT

FULDA
4. September

Die Macher der Zeitung schickten uns den folgenden Bericht über die September-Ausgabe:

Eigentlich müßte es ja die Fuldaer Stadtzeitung sein, die ihr jetzt in der Hand haltet.

Wieso eigentlich, das haben wir auch gefragt, als man uns sagte, unsere Zeitung wird nicht gedruckt.
Hatten wir doch mit der Druckerei ausgemacht, daß die September-Ausgabe auf jeden Fall am 1. September fertig gedruckt ist. Verbindlich war sogar der 30. August zugesagt.
Aber: Am 28. August sagte uns die Rindt-Druckerei, daß sie aus technischen Gründen unsere Zeitung nicht drucken können.

Das wollten und konnten wir nicht glauben, hatten wir doch mit der Druckerei schon lange vorher verhandelt. Auch kannte die Fa. Rindt-Druck unsere Zeitung, denn sie hatten für uns schon die Endverarbeitung der Zeitung gemacht. Also mußten sie auch wissen, welcher technische Aufwand nötig ist, eine solche Zeitung herzustellen.

Dennoch: Die Fa. Rindt-Druck beharrte zuerst darauf, sie könne aus technischen Gründen unsere Zeitung nicht drucken. Erst in einem weiteren Gespräch offenbarte die Firma, daß unsere Zeitung nicht auf ihrer politischen Linie liegt. Sinngemäß sagte ein Vertreter der Rindt-Druckerei: 'Wir haben uns ihre Druckvorlagen jetzt mal durchgelesen und festgestellt, daß es mit unseren politischen Anschauungen nicht übereinstimmt. Wir drucken keine linksextremen Publikationen'! Außerdem hatte die Druckerei Bedenken, daß sie im Impressum erscheint. Obwohl die Verantwortung für den Inhalt der Zeitung immer beim Herausgeber liegt.

Für uns bedeutet das: Die Druckerei hat den Vertrag gebrochen, worin uns zugesagt wurde, daß die Zeitung zum 30. August fertig gedruckt ist. Außerdem müssen wir uns eine neue Druckerei suchen und die September-Ausgabe kommt zu spät raus. Dadurch entstehen uns Mehrkosten und sicherlich erhebliche Verkaufseinbußen.

Wir meinen, dieser seltsame Vorgang gibt uns Recht darin, weiterhin eine unbequeme Zeitung zu machen. Das, was ihr verhindern wollt, macht uns gerade stark!
Die Fuldaer Stadtzeitung

PROVINZTREFFEN DER JUGENDZENTREN DER LÜNEBURGER HEIDE

UELZEN
4. September

In Örbke bei Fallingbostel fand vom 24. bis 28. August ein Treffen der Jugendzentren der Lüneburger Heide statt. Zur Provinz gehören viele Jugendzentren, so zum Beispiel: Uelzen, Lüneburg, Bodenteich, Seedorf, Wittingen, Lüchow, Dannenberg, Gifhorn, Bispingen, Soltau, Walsrode, Fallingbostel und noch einige andere.
Leider war die Delegation auf dem Treffen klein. Es waren nur Leute aus Fallingbostel, Soltau, Bomlitz, Uelzen, Göttingen und Hamburg dabei. Wir waren nur ein kleines Grüppchen von zwanzig Leuten. Wir haben uns auf dem Treffen kennengelernt und viel zusammen gemacht. So haben wir über die weitere Zusammenarbeit der Jugendzentren in der Lüneburger Heide gesprochen, haben einen Plakatentwurf gemacht, haben Siebdruckplakate für die verschiedenen Jugendzentren und für Veranstaltungen entworfen. Auch haben wir viele Fotos gemacht und entwickelt.

Zwei Leute der Arbeitsgemeinschaft Musik Niedersachsen (AG M N) haben sich vorgestellt und mit uns über die gegenseitige Unterstützung zwischen Jugendzentren und AG M N gesprochen. Ein Mitarbeiter des medienpädagogischen Zentrums in Hamburg hat Filme über die Anti-Kernenergie-Bewegung, Jugendpolizei, Frauenbewegung gezeigt und erläutert, wie die einzelnen Jugendzentren und zu welchen Bedingungen sie die Filme ausleihen können. Außerdem haben wir einen Videofilm über die Aktion der Jugendzentren auf dem Jugendhilfetag im letzten Jahr gesehen. Am Sonnabend abend spielte dann ein Musikgruppe aus dem Uelzener Raum und wir hatten auch noch viele andere Gäste aus der Umgebung von Fallingbostel an diesem Abend zu Besuch. Auch eine andere Musikgruppe kam am Dienstag noch mal kurz vorbei, verteilte Informationsmaterial und sagte, daß sie gern mal in Jugendzentren auftreten würde. Im Großen und Ganzen haben wir in den vier Tagen viele Erfahrungen ausgetauscht und hoffen, daß es mit unserer Jugendzentrumsprovinz in Sachen Zusammenarbeit nun wieder bergauf geht. Finanziert und organisiert wurde das Treffen von der Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise (AG SPAK). Kontaktadresse: **Tiedeke Heilmann, Uelzener Straße 10, 3111 Suhlendorf, Tel.: 05820 / 638.**

VIELEN DANK, HERR STAATSANWALT

RHEINBACH
4. September

Zur Erinnerung: Im Mai 1975 gerieten Karl-Heinz Roth, Werner Sauber und Roland Otto in eine Schießerei mit der Polizei. Dabei wurde Werner Sauber und der Polizist Walter Pauli getötet. Die Verhandlung gegen Roth und Otto begann im Januar '77 in Köln. Damals sagte ein Polizist: „Die Kollegen haben schlecht geschossen, die hätten alle drei kaputt machen müssen."
Neben diesem Polizisten stand ein WDR-Reporter mit laufendem Tonband, der dieses Zitat festhielt und in der Sendung ‚WDR-Magazin' entsprechend würdigte.
Der Gefangene Werner Schlegel erstattete Anzeige gegen den Polizisten. Jetzt erhielt Werner Schlegel die Nachricht, daß der Oberstaatsanwalt Feldmann „vorläufig von einer Verurteilung absieht und dem Beschuldigten auferlegt, einen Geldbetrag in Höhe von 600,– DM zugunsten einer gemeinnützigen Einrichtung zu zahlen". Dazu hat Werner Schlegel ein Dankesschreiben an den Oberstaatsanwalt verfaßt, in dem es u.a. heißt:

„... Ja, nu hammse ma noch jeschrieben Sie hättn vorläufig einjestellt. Moment, da stehts ja, ‚erfüllt der Beschuldigte die Auflage nicht, wird das Verfahren gegen ihn durch Erhebung der öffentlichen Klage fortgesetzt werden. Erfüllt der Beschuldigte die Auflage, so wird das Verfahren endgültig eingestellt'.

Ach, machense sich man bloss keene Sorjen! Der zahlt! Is ja bestimmt nich dumm, sonst wär der nich Wachtmeester jewordn, nich? Ne, seiense man janz beruhigt, der rückt rüber mit die Knete. Will sich doch bestimmt nich die Sympathie von det hohe Jericht und Ihnen verscherzen, nich?

Also, denn ma nochma schön Dank für det feine Schreiben und wenn ick ma je wieder inne Bredoullje kommen sollte, darf ick ma doch bestimmt janz vatraunsvoll an Sie wenden, nich? Wissense, mir hammse nämlich och wejen solche komischen Jewaltsachen vaknackt. Ick hätt ma ja jewünscht, son Staatsanwalt wie Sie zu kriegen, wär det bestimmt allet och einjestellt wordn. Nich? Kann det Wachtmeesterken froh sein, an son feinen Oberstaatsanwalt wie Sie jeraden zu sein, nich?

Janz hochachtungsvoll

Werner Schlegel

Anm.: Die Anzeige hatte seinerzeit (26.7.1977) gelautet auf Volksverhetzung, Gewaltverherrlichung. Im Bescheid der StA heißt es nunmehr „Ermittlungsverfahren gegen den Polizeimeister Rainer Rudolph wegen Verdachts der Beleidigung". Die Einstellung gegen 600,– DM Geldbuße beruht auf § 153a StPO: „Geringe Schuld". Das nächste Todesschußopfer wird's Herrn Oberstaatsanwalt Feldmann zu danken wissen......



THEATER – VON DRINNEN FÜR DRINNEN

1. Stimme: Kameraden!

2. Simme: Männer!

3. Stimme: Alles Mist. So geht das nicht.

1. Stimme: Und wie sonst?

3. Stimme: Hallo, Boys...

1. Stimme: Fangen wir nochmal an... Männer, Kameraden! Meine...

3. Stimme: ...Boys...

1. Stimme: ...*meine* teuren, lieben Verwaltungsetatjünger...

3. Stimme: Boys...

2. Stimme: Schnauzääääää!

1. Stimme: Wir sind zu euch gekommen, um das Recht der freien Rede in aufrechter Haltung zu üben!

2. Stimme (zeigt ins Publikum): Da mißbilligt einer was... Der, der da eben laut mit dem Kopf geschüttelt hat, raus!

1. Stimme: ...finden werden wir ihn ganz automatisch. Dem geht der Arsch noch auf Grundeis!

3. Stimme: Sei bitte nicht so vorlaut. Das war doch ein Beamter.

Fotos: Albrecht Rosinski

Um dieses hier abgedruckte Theaterstück gab es bei uns eine Diskussion, ob wir es überhaupt bringen "können", weil: von drei Leuten, die es gelesen hatten, verstand es nur jeder dritte, nämlich die ID'ler, die mal mit Knast zu tun hatten. Für jemanden, der Gefängnis nur vom Hörensagen, aus den Presseerklärungen der Gefangenen oder überhaupt nicht kennt, ist das Stück schlicht unverständlich. Das ist nicht verwunderlich. Autor ist Wolfgang Mattern, zu lebenslänglicher Haft Verurteilter im Gefängnis Schwerte (*JVA, Gillstr. 1, 5840 Schwerte*). Er schreibt, und leitet die Laienspielgruppe des Gefängnisses. Das Stück ist also von einem Gefangenen für Gefangene geschrieben und kann auch nur im Gefängnis gespielt werden. Es ist voller Anspielungen, bruchstückhaft, kurz: für einen Außenstehenden schwer verständlich. Wir haben uns vorgestellt, daß andere Gefangene / Schauspieler damit etwas anfangen, es nachspielen könnten. Und da wird sicher auch in einem anderen Gefängnis als Schwerte noch sehr viel "hausinternes" Eigenes dazukommen können.

1. Stimme: Auch nicht tragisch. Der singt auch bereits das Lied mit der Leier von Resozialisierung, Stufe eins bis vier.

2. Stimme: Ist jetzt nicht unsere Pointe versaut? Wollten wir nicht etwas ganz anderes sagen?

3. Stimme: Richtig. Darf ich mal? *(Alle nicken)* Also: Boys! Geliebte und verehrte, antisoziale Gitterhasen! Brave Resozialisierungskandidaten! Soweit mein konservativ-traditionelles Knastdenken zurückreicht, haben wir heute in orthodox-bürgerlicher Weise unsere Fassade durch eine gesellschaftsrelevante Erscheinungsform umstrukturieren lassen...

2. Stimme: Entschuldigt seine autoritäre Sprachdiktion. Er meint nämlich, daß man ohne sie nicht mehr durch die freiheitlich angehauchten bundesdeutschen Knäste hindurchkommt...

1. Stimme: Ist doch richtig. Wie sollte man denn sonst die system-immanenten Fehler unserer Resozialisierungshilde durchdiskutieren?

3. Stimme: Laß das doch. Immer meckern. Wer nicht kann, sollte einfach mal weghören.

1. Stimme. Unsere Rede heute soll handeln...

2. Stimme: ...davon, wie man die Aktivitäten femininer Pseudoknaben durch solidarisch militante Aktionen westdeutscher Bordellbetriebe ersetzen kann...

3. Stimme: ...Von der sicheren Erkenntnis, daß man nicht früh genug rebellieren kann, weil die schlechte Kinderstube...

2. Stimme: Na ja, wer A sagt, muß schließlich auch Po sagen...

1. Stimme: Und wir wollen überlegen...

2. Stimme: ...warum das Denken und Dichten im Lande der Dichter und Denker zu einer reaktionären Verhaltensweise wurde...

1. Stimme: Vor allem in selbständigen JVAs!

3. Stimme: Dichtete man deshalb etwa den Gummiknüppel in Ordnungsstab um?

1. Stimme: Genau. Wobei mir Justizobersekretär immer noch besser gefällt als: Zuchtmeister oder Kerkergehilfe.

2. Stimme: In Österreich gibt es aber noch Kerker und...

1. Stimme: Dort pflegt man ja auch noch Wert auf repressive Dekadenz zu legen, was in unseren Graden vom humanistischen Denken abgelöst ist.

3.Stimme: Jawoll! - Vom DENKEN!

1. Stimme: Von was denn sonst?

2. Stimme: Kameraden: Wir sind auf dem Wege, wie es die Erfüllbarkeit des Gesetzes vorschreibt: schädlichen Folgen des Freiheitsentzuges ist entgegenzuwirken!

1. Stimme: So ist es. Was denkt ihr wohl, warum man in den kommenden Etat Brotabfallkästen aufgenommen hat? Haltet ihr den dies für eine spätkapitalistische Einrichtung? Oder sollen die Posten der Müllsammler von linksradikalen Banausen besetzt werden?

2. Stimme: Nie! Dann kann man ja gleich in die Waschbecken scheißen, weil die Hilfestellung traditioneller Spülklosetts als unzumutbare Wohnkultur abgelehnt wird.

3. Stimme: Pfui. Igitt. Was für eine Kommunikationsschande!

1. Stimme: Ach, geh doch mal in mein Büro und hole mir mein Manuskript über die Bestimmungen zum Vollzugsgesetz.

3. Stimme: Wo liegen die denn?

1.Stimme: Gleich hinter dem Papierkorb.*(3 tritt ab)*.Sag mal, kennst du eine Parole?

2. Stimme: Hm - Chance. *(1. Stimme schüttelt den Kopf.)* Amnestie. *(Das Kopfschütteln verstärkt sich.)* Wahrheit...?

1. Stimme: Gefällt mir ganz gut. Begründung?

2. Stimme: Der Wirtschaftsinspektor sagt: die Spitzbuben besorgen den Treibstoff und ich brauche nur zu fahren.

1. Stimme: Der Tüff leistet aber schlechte Arbeit.

2. Stimme: Wieso?

1. Stimme: Na, wenn ich an „grüne Nudeln" denke...*(3. Stimme kommt...)* Kommen wir zu den Gerüchten.

2. Stimme: Keine Meinung.

3. Stimme: Ich auch nicht. Aber habt ihr schon gehört: die SPD hat ein Gesetz angeregt, wonach der Resozialisierung das Rückrat gestärkt werden soll.

2. Stimme: Stimmt! Und die CDU will diese Anregung mit einer Fraktur stärken.

1. Stimme: ...Mit ihrer Fraktion!

3. Stimme: Widerspruch. Denn die LDP hat doch schon eine Tonne Gips oder sowas zur Verfügung gestellt.

1. Stimme: 5. Buch - Jupiter und die Tiere:

Alle drei Stimmen:
Ein gutes Werk von bösen Buben ist üblen Taten beizuzählen.

2. Stimme: Fehler!

1. Stimme: Wieso Fehler?

2. Stimme: Wir können doch die Menschen nicht an die gute Literatur heranführen. Das widerspricht doch allen Grundsätzen.

3. Stimme: Stimmt. Stellen wir eine andere Frage. Was würdest du tun, wenn es mal schlechtes Essen gibt?

2. Stimme: Dann würde ich zum Ausgleich 20 mal den Expander ziehen... Und das tue ich bereits eine Woche.

1. Stimme: Und was würdest du tun, wenn du eine Woche Urlaub bekämst?

3. Stimme: Eine zehntägige Eierkur.

2. Stimme: Bei den Preisen?

1. Stimme: So schlimm sind die doch gar nicht. *(Liest vor)*

2. Stimme: Diese Hausverfügung ist doch von 1900 und da war der Höchstbetrag 80 Reichspfennig.

1.Stimme: Ein Zeichen, daß sich die Zeiten doch geändert haben...

1. Stimme: Stell dir vor, du bist Unternehmer. In dieser Eigenschaft wärst du vor die Frage gestellt, mich einzustellen. Und ich käme gerade aus dem Knast. Was würdest du tun?

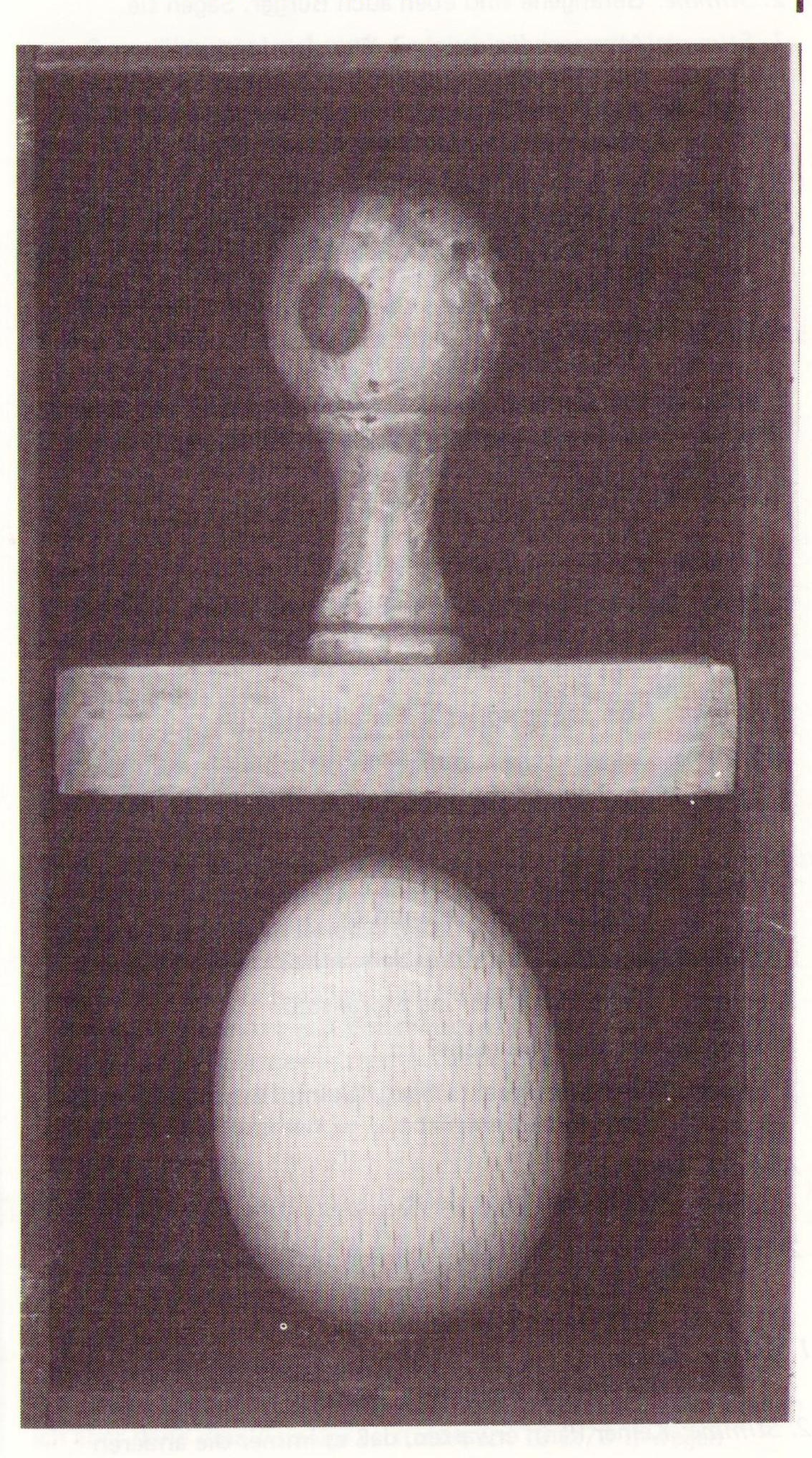
2. Stimme: *(Lacht laut)* ...Huhuhuhu...

1. Stimme: Also, ich würde sagen: Junger Freund! Gelogen wird hier nicht. Klar! Geklaut wird hier auch nicht. Auch klar! Na, und was das dritte Problem ist: jetzt bitte ein Küßchen und dann ab an die Arbeit!

3. Stimme: Eine schwere Arbeit?

1. Stimme: Tütenkleben kannst du woanders. Hier macht Arbeit frei!

2. Stimme: Wir kommen vom Thema ab. Gefangene sind nun mal schlechte Menschen.



3. Stimme: Die Beamten sind gute Menschen.

1. Stimme: Wer sagt das?

2. und 3. Stimme:
Man sagt das nicht, man läßt es durchblicken.

1. Stimme:

1. Stimme: So wird eben das kompromißlose Feindbild vermittelt.

2. Stimme: Richtig. Entspannungsdialoge sind noch immer die Ausnahme. Aber könnte nicht auch unter den komplizierten Bedingungen des Strafvollzugs die Ausnahme zur Regel werden?

3. Stimme: Und die Regel zur Ausnahme?

2. Stimme: Sowas ist bisher noch nicht dagewesen. Jeder weiß doch: Gefängnisse sind die Schulen des Verbrechens von morgen.

1. Stimme: Also - dann sind ja die Bediensteten die unfreiwilligen Lehrer dieser Schule?

2. Stimme: So war es bisher. Aber muß es so bleiben?

3. Stimme: Früher stand man stramm und hatte sie zu grüßen. Strammstehen ist gestorben. Demokratie ist eben schlapp.

2. Stimme: Gefangene sind eben auch Bürger. Sagen sie.

1. Stimme: Aber was für welche? Wer sich kritisch über unsere Lage Gedanken macht, bekommt mit, daß Vorwärtsverteidigung kein zuverlässiges Mittel ist, wenn man die Verhältnisse ändern will.

3. Stimme: Na ja, wenn man die Beamten in höchster Verteidigungsbereitschaft und Wachsamkeit hält, braucht man sich nicht zu wundern, daß sie sich als Kämpfer fühlen.

Alle drei Stimmen:
Und es uns fühlen lassen.

1. Stimme: Das sagt sich alles so leicht. Aber durch die dauernde Kontrolle und die psychische Belastung...

Alle drei Stimmen:
Das hat Tradition! Das hat gute Tradition!

3. Stimme: Ist das was Gutes: Tradition?

1. Stimme: Es ist eben nicht alles Stahl, was glänzt. Aber für Traditionalisten schon. Die leben in der Vergangenheit, das ist einfacher.

2. Stimme: Aber dieses törichte Feindbild!?

1. Stimme: Das war schon immer so.

3. Stimme: Muß es deshalb so bleiben, nur weil es immer so war?

1. und 3. Stimme:
Druck erzeugt Gegendruck.

2.Stimme: Auch draußen gibt es Schwache und Starke.

3. Stimme: Traditionalisten und Moralisten.

1. Stimme: Bei uns etwa nicht?

3. Stimme: Tradition, wenn schon, bekämpft man nicht mit dem Holzhammer.

Alle drei Stimmen:
Nein. Man baut sie ab.

2. Stimme: Fast alle Menschen würden sich daran beteiligen, wenn es gälte, die Mauern abzutragen. Die Sichtbaren und die Unsichtbaren.

1. und 3. Stimme:
Das ist eine simple Erkenntnis.

2. Stimme: Keiner kann erwarten, daß es immer die anderen sind, die es für uns tun.

3. Stimme: Statt spektakulärer Demonstrationen:

1. Stimme: Immer die Ruhe bewahren.

2. Stimme: Richtig. Nirgends funktioniert das Abreagieren von Agressionen so automatisch, so konsequent wie in einer Justizvollzugsanstalt.

1. Stimme: Es wäre auch unwürdig, wäre es nicht so. Sagt man.

3. Stimme: Das ist deprimierend.

1. Stimme: Der dort draußen mit dem Schlüssel steht, es könnte unser Bruder sein.

2. und 3. Stimme:
Was ist ein Bruder?

1. Stimme: Kain erschlug seinen Bruder Abel...

2. Stimme: Das beweist nichts.

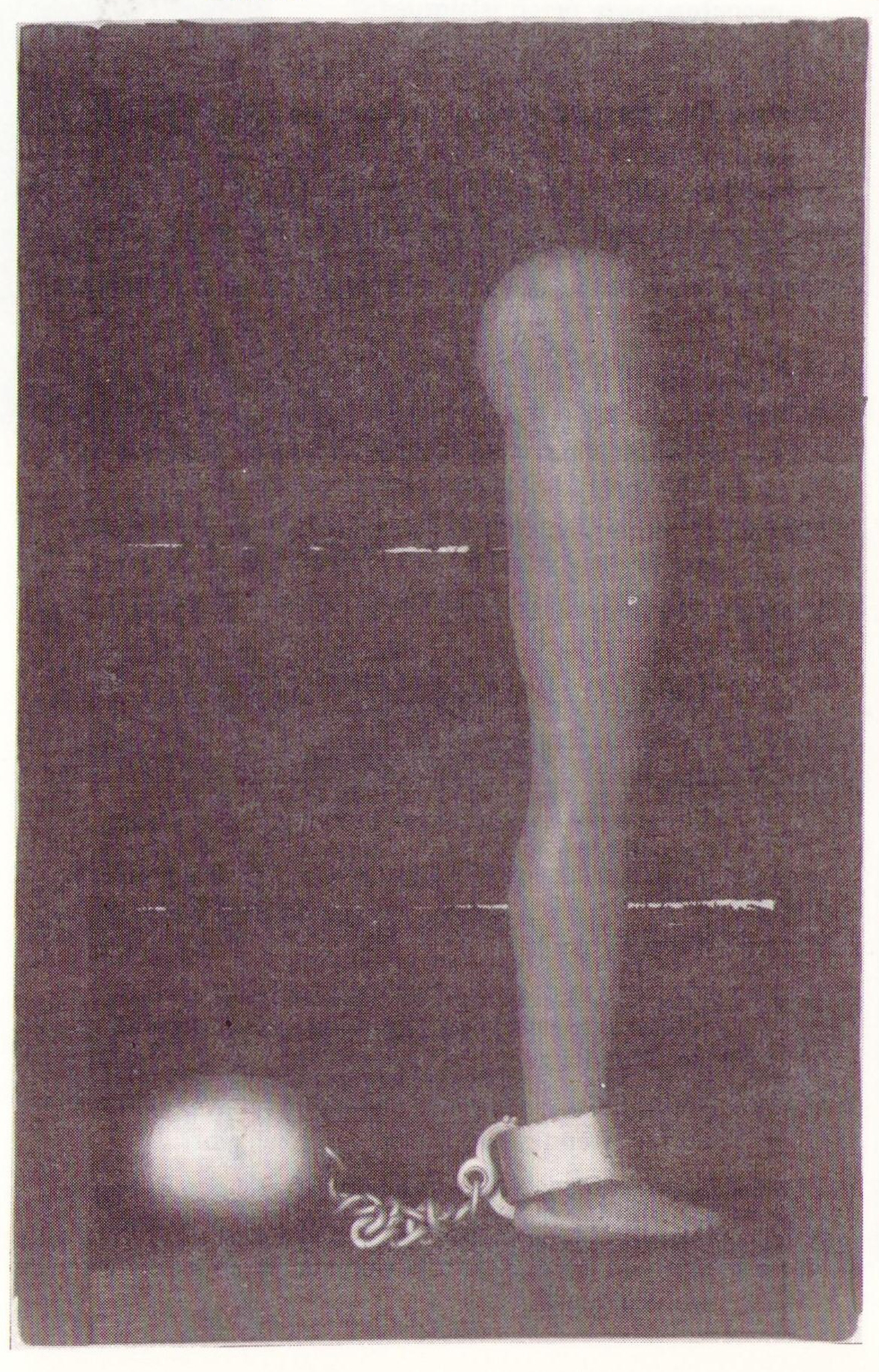
3. Stimme: Aber das ist doch alles Quatsch. Wer sich zum Schaf macht, wird von den Wölfen gefressen. Sollen wir alle denn folgsame Automaten werden?

2. Stimme: Dennoch: Wir sind als Gefangene oft sehr arm dran. Wir befinden uns in einer Ordnung von einer gestalterischen Präzision und sind den Instinkten anderer ausgeliefert, gegen die sich mancher nur mit Agressionen zur Wehr setzen kann. Und damit ist der Teufelskreis auch gleich wieder geschlossen.

1. Stimme: Und weg können wir nicht.

2.Stimme: Weil wir die ewig Unverbesserlichen sind.

3. Stimme: Das ist verblüffend einfach und nimmt uns jegliche Chance.





Wolfgang Mattern schreibt in einem Brief an den ID u.a.:

...Aber weiter. Von mir und hier. Das Knast kein gesundes Leben ist, sondern ein beständiger Krampf bleibt, verkneife ich mir zu sagen. Daß jeder gelebte Tag hier so häßlich ist, wie der erste Waggon der Geisterbahn, ist auch nicht das, was man besonders erwähnen braucht. Wenn ich aber sage: daß der Knast wenn man ihn bewußt lebt, kein eigentliches Übel darstellt, sondern mit lauter interessanten Augenblicken angereichert ist, die so "großartig" sind, daß man an Krampf und Geisterbahn gar nicht mehr denkt!

Als ich einmal über Strafvollzug eine Artikelserie schrieb, schrieb ich, gewissermaßen als Aufmacher: "Der Strafvollzug ist eine Einrichtung, wo es neben Bösewichter auch Gutewichter gibt; eine Einrichtung, in der immer etwas passiert; eine Superlative der Extreme; eine Monotonie, wo sich endlose Tage zu Blitzwochen, die wiederum zu Blitzjahren aneinanderreihen, wo sich Zeit verflüchtigt, spurlos. Knast — eine dicke, pedantische Megäre. Sie schnauzt und frißt zu festgesetzten Zeiten. Läßt den Genius der Verblödung aus jeder Mauerfalte rülpsen. Strafe als unlogische Form. Strafverbüßung von der Stange. Strafe: im Namen des Volkes. — Verhängt und verordnet. Mit dem Munde verkündet. Ohne Gefühl. Ohne Frage. Verurteilt, abgeschrieben, spazierengegangen. Nach Emanuel Kant: unversöhnliche Rache am Täter, es gibt kein Surrogat; nach der abstrakten Dogmatik Hegels: jeder, der dem Staat und die Gesellschaft schädigt, ist zu vernichten; — nie aber nach: Beuten, Feuerbach, List: die entschiedene Hinwendung zum Menschen ...."



Nachwehen der IRAN-Demonstration

DAMALS ZUSAMMENGESCHLAGEN — JETZT PROZESS

München/Frankfurt *Am 26. September soll in Frankfurt gegen Hassan Pournaghi wegen angeblichen Widerstand gegen die Staatsgewalt, Körperverletzung und dergl. der Prozeß gemacht werden. Hassan sucht Zeugen:*

Vielleicht erinnern Sie sich an ein Bild, das am 25. November 1978 und in den Tagen danach immer wieder in Presse und Fernsehen zu sehen war: Blutüberströmt und mit verdrehten Armen wird ein Mann von schwer bewaffneten Polizisten abgeführt. Das Bild stammte von der Demonstration gegen die faschistische Herrschaft des Schah in Persien, die am 25.11. in Frankfurt stattgefunden hatte und die von der Polizei gewaltsam aufgelöst wurde. Der Mann auf dem Bild bin ich.

Ich habe an diesem Tage getan, was demokratisch gesinnte Iraner, die mit ihrem Volk fühlen, überall in der Welt taten: ich habe der Öffentlichkeit zeigen wollen, daß mein Volk recht hat, wenn es gegen die unmenschliche Unterdrückung kämpft und daß wir Iraner im Ausland den Kampf unseres Volkes unterstützen.

Oft wurde es so dargestellt, als ob diese Demonstration zu Gewalt und Aufruhr dienen sollte. Aber was hätte das für einen Nutzen für uns und unser Volk haben können? Schon deshalb ist das ganz falsch.

Gewalt ging zuerst von der Polizei aus und das habe ich am eigenen Leibe erlebt.

Einen Tag später diktierte Hassan das folgende Gedächtnisprotokoll von den Vorfällen bei der Demo:

Ich wurde vom Wasserstrahl eines Wasserwerfers erfaßt und fiel auf den Boden. Als erstes verlor ich meine Kontaktlinsen und konnte nichts mehr sehen. Bevor ich mich aufrichten konnte, kamen die Polizisten an. Ich spürte dann, wie plötzlich mit Gummiknüppel auf mich eingeschlagen wurde. Ich bekam mindestens hundert Hiebe auf den Kopf, der schwer zu bluten begann. Das ging eine ganze Weile. Dabei habe ich meinen Kopf mit den Händen zu schützen versucht, weshalb meine Hände und Finger zerbrochen sind. Dann haben die Beamten meine Hände nach hinten gebogen und mich festgehalten und ein anderer schlug auf mich ein. Ich bekam schwere Fausthiebe in die Nierengegend, Bauch und Rücken, wodurch meine 8. und 9. Rippe brachen.

Später brachten mich die Beamten ins Krankenhaus. Dort wurde ich zur Untersuchung ausgezogen. Anschließend wurde ich, nur mit einer Decke bedeckt, in die Polizeihaft gebracht. Ich blieb bis zu meiner Entlassung am nächsten Tag um 14.30 Uhr nackt, nur in Unterhosen. In der Zelle bekam ich, obwohl ich durch die starke Blutung großen Durst hatte, weder Wasser noch etwas zu essen. Ich bat einen Beamten, das Fenster aufzumachen und mir die Decke überzuziehen. Aber dieser ging darauf nicht ein.

Am nächsten Tag brachten sie mich, wiederum nur mit einer Decke bedeckt, ins Krankenhaus. Dabei reizten mich die Polizisten, wie schon am Vortag, mit beleidigenden Provokationen. Einer versetzte mir noch Fußtritte. Unterwegs fuhren die Beamten, die vom Bruch meiner Rippen wußten, wie wild. Sie fuhren ganz scharf in die Kurven, fuhren ganz schnell und bremsten plötzlich mehrere Male hintereinander, so daß ich hin- und herfiel. Dabei zwangen sie mich, meine Füße vom Boden zu heben, damit mir meine gebrochenen Rippen noch mehr wehtun. Das machte ihnen größten Spaß und sie lachten ganz laut und benützten Schimpfwörter, die ich nicht verstand.

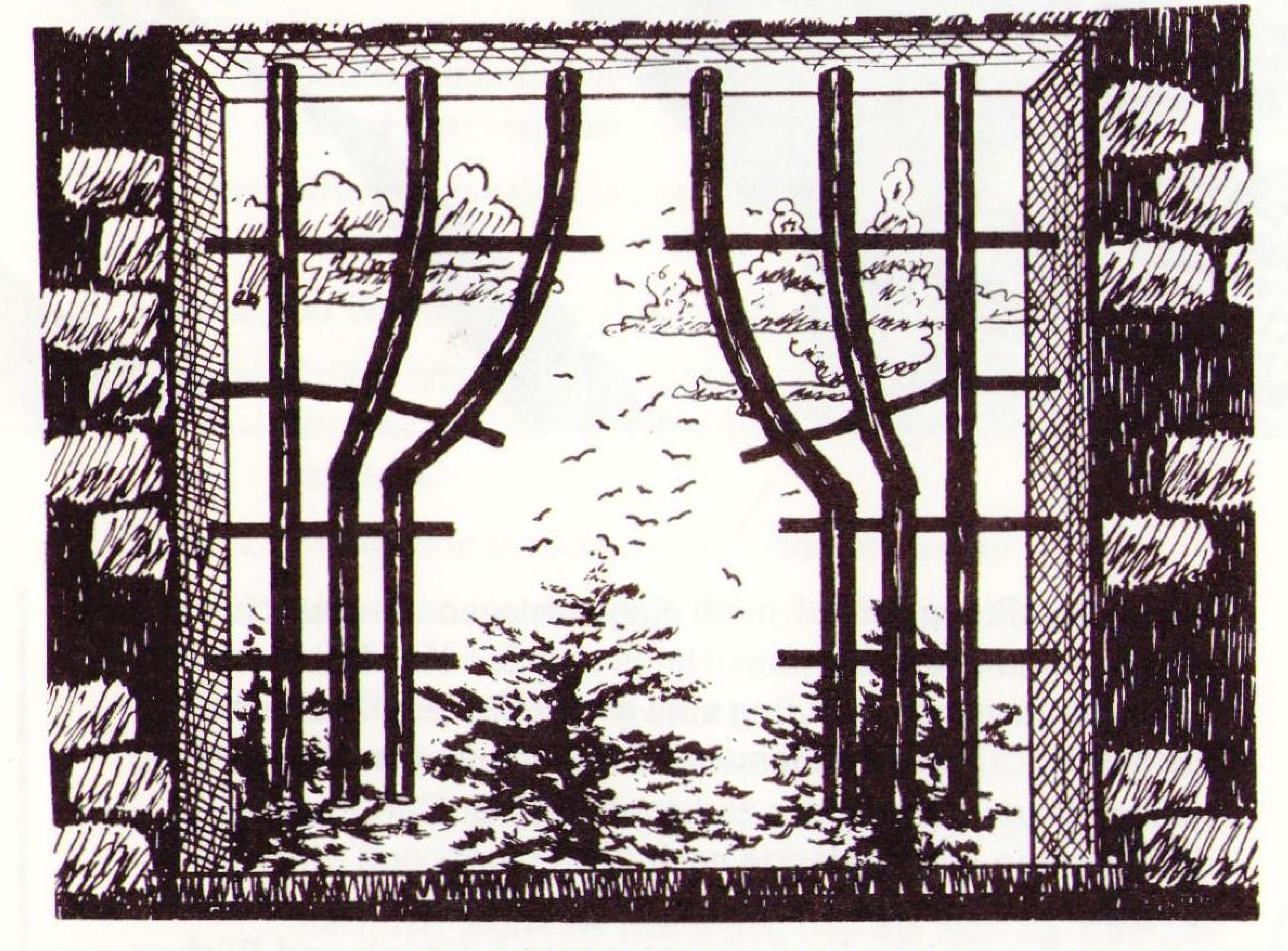
Auch nach der nochmaligen Behandlung im Krankenhaus setzten sie diese Art von Folter fort. Auch bei der Entlassung half mir kein Beamter in meine Kleider, die ich mir wegen meiner gebrochenen Finger nicht anziehen konnte. Ein zufällig vorbeikommender Landsmann half mir in meine Kleider.

Nach diesen Mißhandlungen mußte Hassan seine beiden Hände 40 Tage lang in Gips tragen. Die linke Hand ist falsch zusammengewachsen und wird für immer geschädigt bleiben. Alle diese Verletzungen sind durch ärztliche Befunde nachweisbar. Hassan schreibt weiter:

Einige Tage später erstattete ich Anzeige gegen die beteiligten Polizisten. Darauf ist bis heute noch nichts passiert. Dafür bekam ich aber dann eine Anzeige (erstattet am 19.2.79 !) wegen

angeblichem Widerstand, Körperverletzung und dergleichen.
Natürlich gibt es genug Polizisten, die ihre Aussagen gegenseitig bestätigen können. Die Anschuldigungen sind aber falsch und sollen offensichtlich nur das brutale Vorgehen gegen mich rechtfertigen. Ich selbst konnte natürlich in der Lage, in der ich mich befand, nicht sofort die Umstehenden als Zeugen feststellen. Ich möchte Sie deshalb bitten, zur Aufklärung der Wahrheit beizutragen, indem Sie die Schilderung des Vorfalls noch einmal veröffentlichen und Leser, die eventuell an der Demonstration teilgenommen haben und für mich aussagen können, bitten, sich als Zeugen zu melden (möglichst bis zum 16.9., da am 26.9. der Prozeßtermin stattfinden soll).

Kontaktadresse: Hassan Pournaghi, Feilitzschstr. 15
8ooo München 40



PROZESSBEGINN, SCHLAMPEREI UND EINTOPF

Manfred Adomeit und Norbert Kröcher stehen in Düsseldorf vor Gericht, weil sie geplant haben sollen, eine schwedische Ministerin zu entführen. Die Ankündigung des ersten Prozeßtermins haben wir verschlampt. Norbert Kröcher schreibt dazu:

„Soso, verschlampt habt ihr die Prozeßankündigung. Ähnliche Ursachen haben wohl mehr oder weniger sämtliche Niederlagen in den letzten 150 Jahren der Geschichte des Klassenkampfes ge gehabt. Je nun, es gibt schlimmeres. Etwa den Erbseneintopf, den es hier heute zu Mittag gab, und der jetzt in beträchtlicher Menge den Hof unter meinem Fenster ziert, weil der Geschmack der hier brummenden Gourmets wohl nicht haargenau getroffen war. Auch ich habe die kleine Köstlichkeit vollständig recyclen müssen. Wofür ich allerdings im Gegensatz zu den anderen den Bello benutzen mußte, da der Durchmesser der einzelnen Betonerbsen die Maschengröße meines Fliegengitters um ein beträchtliches überstieg. Aber zurück zur Prozeßankündigung.
Da selbiger nicht so bald von den Spielplänen des Düsseldorfer OLG verschwinden wird, könnte mein kleiner Hinweis darauf ruhig auch jetzt noch erscheinen. Die Premjere is ja schließlich nich alles. Zumal sich das Ensemble auch erst einspielen muß. Mit Lachstürmen Stärke acht ist dann auch demnächst zu rechnen. Ich würde sagen, druckt das Ding ruhig noch — eventuell mit nem dezenten Hinweis auf die Verspätung. Und die Frente Sandinista hat schließlich auch über vierzich Jahre gebraucht...
Zum Spektakes selber is noch nich viel zu sagen. Wir, das närrische Gremium, unzählige Zivilbullen und gelegentlich auch der eine oder andere wohnungslose Sponti lungern vorerst noch rum. Die Zwangsverteidiger dämmern, die Wahlverteidiger hämmern und der 6. Strafsenat gibt laufende Meter dienstliche Erklärungen ab, in denen er sich für nicht befangen erklärt. Was jedesmal beträchtliche Heiterkeit im Saal erzeugt. Am zweiten Verhandlungstag haben wir uns eine halbe Hofstunde während der Mittagspause erstritten. Zu diesem behufe werden wir dann jedesmal mit viel Lalü und Privateskorte und Schellis und Wanne vorn und Wanne hinten und Ampel rot und drüber zurück ins Hotel gefahren. Wo wir dann eine halbe Einzelfreistunde haben. Einzeln, weil wir nach Meinung von Klaus, was unser Vorsitzender ist, im Gerichtssaal selber schon soviel rumverdunkeln würden, daß man gezwungen wäre, die ganze Zeit künstliches Licht anzuhaben. Was meiner Meinung aber daran liegt, daß das Theater keinerlie Fenster hat.
Äußerst angenehmer Natur sind auch die kleinen Apartments im im Keller, in die wir uns häufig zur Beratung zurückziehen: Beton, klein, weiß, bis auf einen kleinen festgeschraubten Winztisch und eine Liege keinerlei Inventar, und innen, vor der Safetür (eine Spende der Bundesbank, im wahrsten Sinne des Wortes) gibts innen im Meterabstand noch eine Gittertür. Das Ganze ist geräuschisoliert, klimaanlagenbelüftet und von einer riesigen Neonleuchten-Funzel erleuchtet. Echt Spitze. Die berüchtigten Tigerkäfige von Saigon waren ein Nichts dagegen. Daß Manne gleich am ersten Tag fürchterliche Kopfschmerzen hatte, ist nur als frecher Versuch zu betrachten, in der üblichen Manier — das kennen wir ja wohl — die Wahrheitsfinden zu verhindern.
Das für häute. Und: RETTET DEN ID, verdammich!
Bis demnächst oder die Jahre dann. Umarmung von eurem Justizirrtum,
Knofo."

Nächste Prozeßtermine:

Immer montags und dienstags, 9.30 h,

in Düsseldorf, Tannenstr. (Lippe-Haus),

VORPROZESS GEGEN BRIGITTE HEINRICH

FRANKFURT 12. September *Am 3. Oktober beginnt der Prozeß gegen Brigitte Heinrich vor der Staatsschutzkammer des LG Karlsruhe. Das Vorspiel zum Prozeß findet diese Woche in Zürich statt, wo die Belastungszeugen von der Bezirksanwaltschaft kommissarisch vernommen werden. Großzügigerweise hat man Brigitte und ihren Verteidigern die Anwesenheit bie diesem Vorspiel gestattet. Fragen dürfen sie die Zeugen allerdings nix: die Fragestellung ist ausschließlich Sache des zuständigen Bezirksanwalts, heißt es in einer sog. Anzeige in Strafsachen der Bezirksanwaltschaft Zürich. Aufgrund der Aussagen, die die Zeugen 1975 gemacht haben, besteht gegen Brigitte ein Haftbefehl in der Schweiz. Was mit Brigitte in der Schweiz geschieht, wenn sie von ihrem Recht Gebrauch macht, sich die Zeugen mal anzusehen und ihren Aussagen zuzuhören, formuliert die Bezirksanwaltschaft so: "Was die Angeklagte Brigitte Heinrich anbetrifft, nehmen wir davon Kenntnis, daß diese nach Zürich zugeführt wird. Es wird Sache des Polizeikommandos des Kantons Zürichs sein, für deren Unterkunft zu sorgen". Was damit gemeint ist, darf sich jeder selbst ausmalen. Inzwischen hat das LG Karlsruhe Brigitte gestattet (ohne, daß sie dies, wie bei allen anderen Auslandsreisen der letzten Jahre extra beantragen mußte) die BRD für eine Reise dorthin zu verlassen . . . Die Bezirksanwaltschaft Zürich hat jedoch einen Antrag ihrer Anwälte auf freies Geleit abgelehnt.*
Brigitte hat an den Schweizer Bezirksanwalt einen Brief geschrieben, darin heißt es:

"... Da bei einer kommissarischen Vernehmung weder das Gericht noch die Verteidigung noch ich das Recht haben, Zeugen und Ermittlungsbeamte direkt zu befragen, muß ich davon

ausgehen, daß an einer Wahrheitsfindung in dem gegen mich geführten Verfahren kein Interesse besteht. Da eine direkte Befragung von Zeugen und Ermittlungsbeamten in der Hauptverhandlung nicht ernsthaft betrieben worden ist, habe ich darüber hinaus den Verdacht, daß die Strafverfolgungsbehörden fürchten, die Anklage gegen mich könne im Fall einer direkten Zeugenbefragung zusammenbrechen. Dieser Verdacht wird weiter durch die Vorgeschichte in meinem Verfahren gestützt.

1974 wurde ich aufgrund einer Anzahl exotischer Beschuldigungen durch dubiose Zeugen für fast 5 Monate in Untersuchungshaft genommen:Rolf Maurer, der in einer „Baader-Meinhof-Dokumentation" des rheinland-pfälzischen Innenministeriums als V-Mann des Verfassungsschutzes geführt wird, ist seinen eigenen Angaben zufolge von Beruf „Belastungszeuge". Über die Zulieferdienste des Jürgen Bodeux an den Verfassungsschutz kamen während der Revisionsverhandlung im Schmücker-Prozeß kürzlich zahlreiche Einzelheiten an den Tag. Alle Anklagepunkte gegen mich, die die Bundesanwaltschaft auf die Aussagen dieser „Zeugen" stützte, sind inzwischen fallengelassen worden. Und nun sollen neue Zeugen in meinem Verfahren unsichtbar bleiben? Ich denke, die Öffentlichkeit und vor allen Dingen ich haben ein Anrecht darauf, daß die neuerliche Anklage jetzt so transparent wie möglich gemacht wird.

Was die Behinderung der Verteidigung in politischen Prozessen anlangt, hat die Internationale Juristenkommission die BRD bereits in der gleichen Weise kritisiert wie Chile, Indonesien und Iran unter der Herrschaft des Schah. Die geplante kommissarische Vernehmung bedeutet nun, daß die Behinderung von Verteidigung noch ein Stück weiter getrieben wird – mit Hilfe der Schweizer Justiz und auf der Basis internationaler Rechtshilfevereinbarungen. Diese Verfahrensweise kommt einem totalen Ausschluß der Verteidigung gleich. Der ausschlaggebende Teil meines Prozesses, die Beweisaufnahme nämlich, wird in die Schweiz verlagert. Dabei wird der Verteidigung und mir lediglich die Rolle von Zuschauern zugestanden. Eine Kontrolle durch die Öffentlichkeit ist nicht gewährleistet. Die Hauptverhandlung in Karlsruhe soll sodann aufs Verlesen reduziert sein: der Anklageschrift, der mit Hilfe vorfabrizierter Fragen und ohne Interventionsmöglichkeit der Verteidigung gewonnener Zeugenaussagen und des Urteils. Ich protestiere energisch gegen eine solche Vorgehensweise.

Bereits im Vorverfahren werde ich vom Gericht behandelt, als sei ich nicht existent. Mein dringendes Ersuchen, die Beweisaufnahme in der Hauptverhandlung vorzunehmen – wie in jedem normalen Prozeß üblich und Voraussetzung für jegliche Verteidigung – ist einfach ignoriert worden.

Brigitte braucht jetzt dringend Geld für ihre Verteidigung. Spenden könnt Ihr auf das Konto 336–81 234 der Frankfurter Sparkasse von 1822, Brigitte Heinrich, Stichwort: Prozeß, überweisen.

SONDERANSTALT IM KNAST

BERLIN 28. August *Manfred schreibt aus der Strafanstalt Tegel über seine Situation:*

Ich möchte eine ganz große Schweinerei aus dem Berliner Strafvollzug ans Licht bringen. Seit einem knappen Jahr hat der Senator für Justiz eine besondere Situation in Tegel geschaffen. Diese Situation ist für Leute gedacht, die während ihrer Haftzeit dealen oder im Verdacht stehen zu dealen mit Rauschgift aller Arten.

Als Beispiel schildere ich meinen Fall: Aufgrund einer Aussage einer Mitgefangenen wurde ich vor sieben Wochen einer gründlichen Filzung unterzogen. Dabei hat man etwas Haschisch (1,5 Gramm) bei mir gefunden. Damit stehe ich unter dem Verdacht mit Rauschgift zu handeln.

Deswegen Isolationshaft mit 16 anderen. Sie verläuft folgendermaßen: den ganzen Tag bis um 15.30 Uhr unter Verschluß, keine Arbeit, keine Teilnahme an irgendwelchen Veranstaltungen, kein Kirchgang. Von 15.30 bis 16.30 Freistunde auf einem besonders gesicherten Hof. Anschließend können wir auf der Station Tischtennis spielen, Fernsehen, Hanteltraining machen. Dazu haben wir bis um 22 Uhr Zeit, dann ist Nachtverschluß.

Die zugehende Post wird fotokopiert und uns wird dann die Fotokopie ausgehändigt, das Original bekommen wir nicht. Weiterhin dürfen wir nur Anstaltsklamotten tragen, noch nicht mal Privatunterwäsche.

Die Beamten sind fast alle strafversetzt und dementsprechend verhalten sie sich auch; man wird in jeder erdenkbaren Lage getriezt und somit herausgefordert. Ob das noch lange zu verantworten ist, was man hier mit uns macht, weiß ich nicht. Auf jeden Fall ist man hier zum dahinvegetieren verurteilt. Es wäre gut, wenn man sich für etwas einsetzen würde und ein paar Beschwerden wegen der hier bestehenden Zustände an den Senator für Justiz schicken würde. Ich habe bis jetzt noch keine schriftliche Begründung, warum ich unter der Isolationshaft leiden muß.

Kontakt: Manfred Ränsch,1000 Berlin 27,Seidelstr.39 TA I, St. A IV

Mittlerweile liegt eine Begründung für Manfreds Haftsituation vom Leiter der JVA Tegel vor (die Red.).

Sehr geehrter Herr Ränsch!

Aufgrund dienstlich bekanntgewordener Hinweise bei Ihnen durchgeführte Kontrollmaßnahmen haben zur Feststellung von Stoffen in Ihrem Besitz geführt, von denen anzunehmen ist, daß es sich um Drogen handelt. Ich habe aus diesem Grun-



de gegen Sie am 23.7.1979 wegen des Verdachts des Verstosses gegen das Betäubungsmittelgesetz Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Berlin, Abt. 67, erstattet. Da neben dem unmittelbaren Besitz von Drogen durch Sie darüberhinaus davon auszugehen ist, daß Sie sich auch am Handel mit Drogen in der JVA Tegel beteiligt haben, sah ich mich veranlaßt, Sie am 19.7.1979 auf die Dealerstation A 4 der TA I der JVA Tegel zu verlegen.

Dazu schreibt Manfred:

"Ich möchte nur noch klarstellen, daß ich eine Anzeige gegen die Anstaltsleitung mache wegen schwerer Körperverletzung und seelischer Grausamkeit".

ZUR SITUATION IM KNAST LINGEN

LINGEN
2. September

Andreas Hanke und Eso Oldefest, Grohnde-Verurteilte, die zur Zeit ihre 1-jährige Haftstrafe in der JVA Lingen absitzen (siehe die letzten ID's), erzählen in einem Brief an die Bürgerinitiativen, welche Zustände in der JVA Lingen herrschen und was in Ansätzen gegen diesen Unterdrückungsapparat unternommen wird.

Die Situation hier ist folgendermaßen. Von außen sieht das Gefängnis (es ist eine Anstalt des sog. offenen Vollzuges) eher aus wie ein "Erholungsheim". Aber der Anschein täuscht gewaltig.
Die 300 Gefangenen sind in jeder Beziehung rechtlos und allen möglichen kleinlichen Schikanen unterworfen.
Selbständig dürfen sie nichts tun.



Fahrradstreifen der Polizei – damals ein gewohntes Bild im Frankfurter Alltagsleben

Wir müssen morgens um 5 Uhr oder um 5.30 Uhr aufstehen, um 5.30 oder um 6 Uhr ist auf den Fluren Zählung der Gefangenen durch einen Beamten, dann ist Frühstück. Da sind wir gezwungen, zusammen hinzugehen in einen Speisesaal (Kommando der Oberaufsicht über Lautsprecher: "Alles fertigmachen zum Frühstück", dann: "Alles heraustreten zum Frühstück!"). Wir holen uns den Fraß ab und frühstücken auf den Buden. Wir sind auf 4-Mann-Stuben untergebracht. Einzelstuben werden nur nach Dauer der Anwesenheit in Lingen II oder nach Gutdünken des Hausbeamten und des sog. Hausreinigers (Gefangener, der dafür da ist, die anderen anzutreiben und der als Wasserträger zu den Beamten fungieren soll).

Ab 6 Uhr werden die "Arbeitskommandos" über Lautsprecher ausgerufen ("Arbeitskommando Müller herantreten"!) Ungefähr 15 - 20 Firmen haben Gefangene als Lohnsklaven eingesetzt. Für ca. 4,99 DM pro Tag, manchmal auch weniger, müssen die Gefangenen arbeiten, teilweise im Akkord. Als Anreiz geben manche Kapitalisten 1 oder 2 Packungen Tabak oder Kaffee, wenn die Gefangenen den Akkord schaffen. Oder einen Zehnmarkschein am Tag, wovon die Gefangenen dann essen kaufen müssen.
Die Unternehmen zahlen zwischen 40 und 60 DM pro Tag und Gefangenen an die Anstalt, wovon die Gefangenen keinen Pfennig sehen. Weiter beuten die Unternehmen die Gefangenen deshalb so günstig aus, weil sie keinen Pfennig Sozialversicherung zahlen müssen, die Gefangenen sind über die Anstalt zwangsversichert. Von den 40 - 60 DM spüren die Gefangenen weder was beim Essen (was fürchterlich ist) noch bei der ärztlichen Versorgung, die ein HNO-Arzt macht, zweimal die Woche, der die Gefangenen eigentlich bloß arbeitsfähig schreibt. 12 Gefangene in einer halben Stunde "behandelt" dieser Arzt manchmal. Die Anstalt hat im letzten Jahr auf diese Weise einen Profit von ca. 1,5 Mio DM gemacht, Gelder, die für den weiteren Ausbau zum Beispiel des Auslagers Veerßen glänzend verwendet werden können.

Aber weiter zum Tagesablauf:
Für die Gefangenen, die keine Außenarbeit oder gar keine Arbeit haben, gilt mittags dasselbe Kommando ("zum Mittagessen heraustreten!")
Den ganzen Tag über darf man sich auf's Bett legen.
Abends, zwischen 16 und 18 Uhr kehren die Außenarbeiter zurück. Abendbrot dann wieder gemeinsam. Bis 19.30 Uhr sind die Häuser und Flure offen. Ins Gelände dürfen wir nicht gehen, das Liegen auf dem Rasen ist auch verboten.
Um 19.30 Uhr ist Einschluß und Zählung. Bis ca. 23 Uhr darf Licht sein und Fernsehen geguckt werden.

Die Unterdrückung der Gefangenen ist so geregelt:
Auf jedem Flur gibt es einen Flursprecher, einen Fernsehwart und in jedem Haus diesen besagten Haussprecher oder -reiniger. Diese Posten haben den Zweck, die eigene Initiative der Gefangenen abzuwürgen und der Anstaltsleitung und den Beamten alles zuzutragen, was passiert. Es geht freilich auch anders herum. Auf dem Flur von Andreas haben die Gefangenen ihn zum Flursprecher gewählt, weil sie einen Sprecher haben wollen, der ihre Interessen vertritt gegenüber der Anstaltsleitung. Auf dem Flur wurden die Lohnzettel von 10 Mann untersucht und ausgewertet, und sollen an den DGB geschickt werden. Von Gefangenen auf dem Flur ging auch eine Unterschriftensammlung mit den Forderungen nach Tariflohn und gewerkschaftlichen Rechten der Gefangenen aus, die bisher 13 Gefangene unterschrieben haben, was etwas heißen will.

Samstags ist sog. Stubendurchgang mit einem Oberaufseher. Alles soll so sauber sein, daß man vom Fußboden essen kann. Abgesehen davon, daß die Gefangenen eh ihre Buden sauberhalten – oft ist es so, daß die Oberaufseher eben ein Haar in der Suppe finden (daß z.B. ein Bett nicht ordentlich gebaut ist), um Gefangene zu schikanieren. Andreas mußte einmal dreimal die Duschen saubermachen (Kommentar eines Oberaufsehers: "In deutschen Anstalten hat Hygiene zu herrschen, wenn einmal eine Seuche ausbricht, dann liegt das nicht an der Anstalt, sondern an der Faulheit der Gefangenen.")

Hält sich ein Gefangener in irgendeiner Angelegenheit nicht an die Anweisungen und an die Hausordnung, wird er sofort bestraft. Er muß als erstes z.B. Tischdienst im Speisesaal machen. Kommt einer 5 Min. zu spät vom Ausgang zurück oder hat er einen kleinen getrunken, kommt er in die Arrestzellen, auch bei Arbeitsverweigerung. Kommen ein oder zwei so Dinge zusammen, so wird der Gefangene nach Lingen I verlegt (Festbau). Damit wird hier ständig gedroht und auch mit dem Hinweis, daß so die 2/3 Bewährung gefährdet ist.

Es gibt hier zweimal sog. Besuchsausgang samstags oder sonntags von 7 - 19 Uhr oder zweimal Stadtausgang für 4 Std. All diese sog. "Vollzugslockerungen" können bei der kleinsten "Verfehlung" widerrufen werden. Das wird einem ständig vor Augen gehalten. Soweit unser kurzer Bericht.

Wir meinen, man kann daraus sehen, welchen Charakter die Unterdrückung hier hat. Man kann auch sehen, daß man was dagegen machen kann und auch muß, denn allein in Niedersachsen sind 10 000 Gefangene diesen oder ähnlichen Bedingungen unterworfen.
Hier sitzen die meisten wegen kleinerer "Delikte" wie Fahren ohne Führerschein, Diebstahl usw.

Sie sind wie wir von den bürgerlichen Gerichten ungerecht verurteilt worden. Viele hatten nicht das Geld, sich einen Anwalt zu leisten oder in Berufung zu gehen. Wir sind in ihren Augen Gefangene wie sie auch und so ist es auch. Bloß, daß wir wegen Teilnahme an einer Demonstration verurteilt wurden, an der sich viele beteiligt hatten, wie auch viele gegen Kernkraftwerke und das Energieprogramm sind. Deshalb werden wir unterstützt von draußen, wird öffentlich unsere sofortige Freilassung gefordert und wenden wir uns weiter öffentlich gegen den Bau von Kernkraftwerken. Eine solche Lage hat ein anderer Gefangener erst einmal nicht, das ist schon klar — aber wir sind zusammen inhaftiert und können alle zusammen gegen denselben Gegner auch kämpfen, das haben wir gelernt.

Strafvollzugsreform — nein danke!

Gegen die beabsichtigte Reform des Strafvollzugs ab 1981 wendet sich eine Resolution von Gefangenen der JVA Lingen II, die bis zum 1. September bereits von 13 Gefangenen unterschrieben wurde. Die Resolution ging an Bundesregierung, Bundesjustizminister, Niedersächsische Landesregierung, auch der DGB wurde davon unterrichtet.

Wie aus der Presse der letzten Woche zu entnehmen ist, beabsichtigt die Bundesregierung eine Reform des Strafvollzuges. Vom 1.1.1981 an soll das Arbeitsentgeld für Gefangene von derzeit etwa 5.- DM auf 10,- DM pro Tag erhöht werden. Weiter sollen ab dem 1.1.81 die Gefangenen in die gesetzliche Krankenversicherung und ab dem 1.1.86 auch in die Rentenversicherung einbezogen werden. Mit dieser Erhöhung von 5,- DM auf 10,- DM pro Tag soll, so der Bundesjustizminister laut Frankfurter Allgemeiner Zeitung vom 18.8.79, "für die Überbrückung der ersten Zeit nach der Entlassung eine breitere finanzielle Ausgangsbasis als bisher" geschaffen werden.

Wir, Strafgefangene in der JVA Lingen II, erklären zu dieser "Reform": Wir lehnen sie ab, weil sie uns nichts nützt, an unserer Lage nichts ändert und schon erhobenen Forderungen der Gefangenen nicht entspricht.

Gegenwärtig ist es so, daß wir meist (auch nicht immer) 4,99 DM pro Tag und Gefangenen erhalten, wenn wir arbeiten. Davon müssen wir aber noch einkaufen, Geld für Ausgang zurückbehalten und zum telefonieren. Zudem: auf ganze 4,36 DM kommen hier in Lingen einige Gefangene auch nur dann, wenn sie im Akkord eine bestimmte Stückzahl Kissen z.B. nähen. Diese 4,99 DM pro Tag und Gefangenen ergeben also je nach Länge der Haft ein paar Hundert Mark. Dieser Satz ist schon mehrere Jahre in Kraft. Er war von Beginn an völlig unzureichend. Gefangene, die eine Familie haben, können sie nicht ernähren. Daran ändert sich durch die "Erhöhung" auf 10,- DM überhaupt nichts. Die Familie wird sich weiter verschulden müssen oder zum Sozialamt gehen müssen. Dort kann es aber leicht passieren, daß nach der Entlassung erhaltenes Geld zurückbezahlt werden muß, weil der Grund für die Inhaftierung "selbstverschuldet" gewesen sei. Durch die "Erhöhung" um 5,- DM werden sich aller Erfahrung nach weiter die Stückzahlen z.B. bei der Kissenproduktion hier im Gefängnis erhöhen, unsere Arbeitskraft wird überall, wo wir arbeiten müssen, weiter zu einem Spottpreis ausgepreßt. Zudem ist lächerlich, mit dieser "Erhöhung" die immens gestiegenen Preise der Lebensmittel ausgleichen zu können.

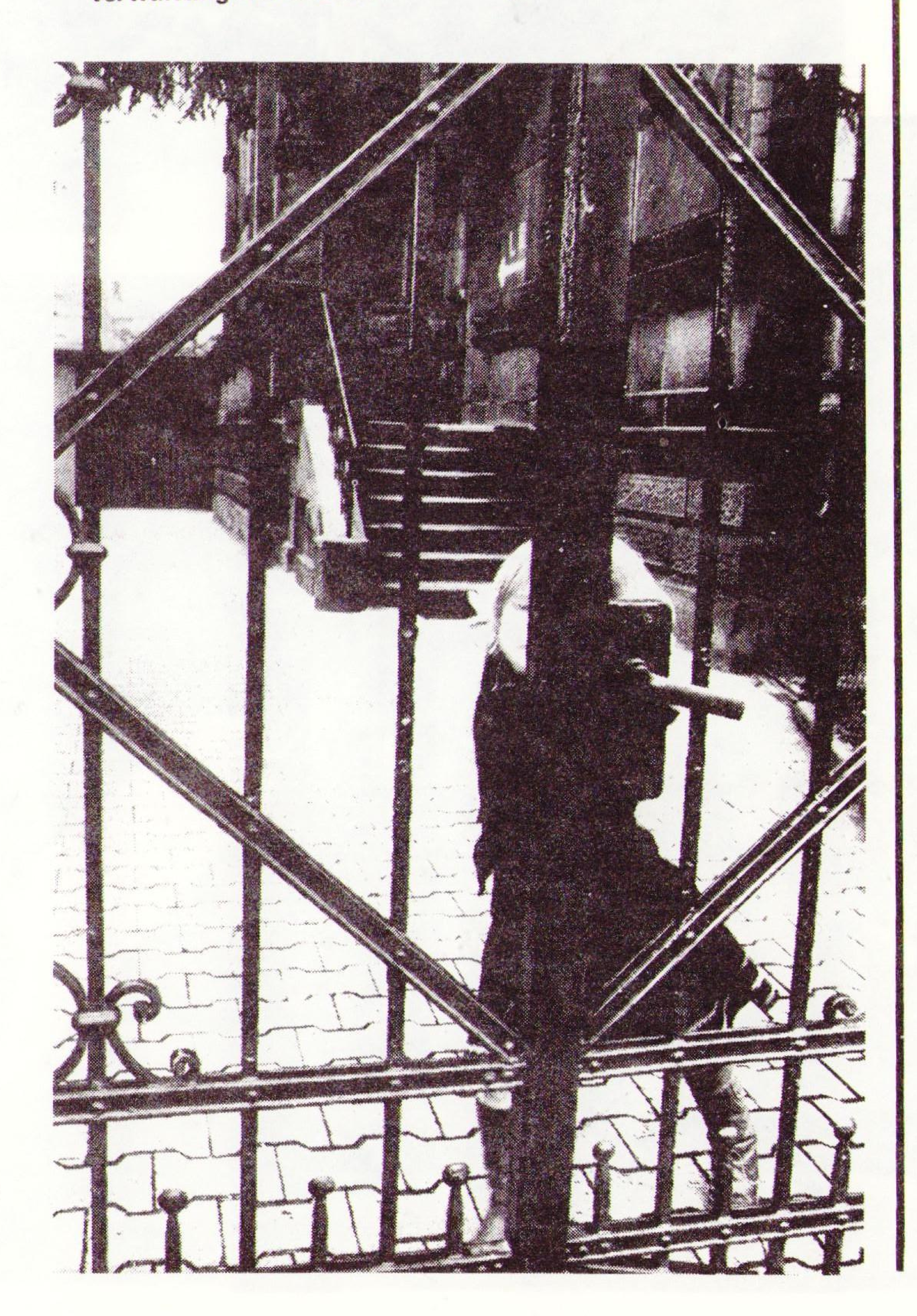
Viele von uns arbeiten in der Produktion als vollwertige Arbeiter. Wir wollen den gleichen Lohn wie die "zivilen" Arbeiter auch. Wir wollen auch das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung und Vertretung. Wenn wir keine Arbeit haben, was in den Gefängnissen auch oft der Fall ist, so fordern wir Arbeitslosengeld in Höhe von mindesten 80 % des letzten Nettoverdienstes. Gegenwärtig zahlen die Unternehmen keine Kranken- und Rentenversicherung. Wir sind über die Anstalt zwangsversichert und haben nicht das Recht auf freie Arztwahl. Wie nötig die gesetzliche Krankenversicherung und das Recht auf freie Arztwahl sind, zeigt die Tatsache, daß der Anstaltsarzt hier in der JVA Lingen II ein Hals-Nasen-Ohrenarzt ist, von dem viele Gefangene zurecht wenig halten, weil z.B. die Aufnahmeuntersuchung darin besteht, daß der Arzt den Gefangenen kurz abhört mit dem Stetoskop und ihn dann arbeitsfähig schreibt; also hier nicht einmal, wie sonst üblich, eine Blutuntersuchung durchgeführt wird.

Wir meinen, daß die Anstalt bzw. die Unternehmen, bei denen wir arbeiten müssen, vollständig die Kranken- und Rentenversicherungsbeiträge zahlen sollen, die Gefangenen also in diese Versicherungen umgehend einbezogen werden, und das sie zusammen mit den übrigen Versicherten die Versicherungen auch verwalten.

All diese Forderungen sind dringend nötig gegen die fast kostenlose Auspressung unserer Arbeitskraft, die gleichzeitig zu einer gesundheitlichen Ruinierung führt und zur Vernichtung der sozialen Existenz vieler tausender von Arbeiterfamilien.

Das Angebot der Bundesregierung trägt den Interessen der Gefangenen keinerlei Rechnung. Viele von uns haben zu Recht darüber geschmunzelt, bevor wir ziemlich wütend über diese Meldung wurden.
Wir fordern die Erfüllung unserer Forderungen:

- **Tariflohn für Gefangene!**
- **Recht auf gewerkschaftliche Vertretung!**
- **Sofortige Einbeziehung in die gesetzliche Renten- und Krankenversicherung!**
- **Bezahlung der Versicherung durch die Kapitalisten! Selbstverwaltung der Sozialversicherungen!**





GORLEBEN

GORLEBEN 12. September

Da wir davon ausgehen, daß die ID-Leser über die Ereignisse im Zusammenhang mit dem Tiefbohrungsbeginn bei Gorleben weitgehend informiert sind, wollen wir nicht vollständig darüber berichten. Hier nur einige Presseerklärungen der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg. (Dem Gerücht, daß aus der Anti-AKW-Bewegung die langweiligsten Presseerklärungen kämen, treten wir aufs heftigste entgegen!)

GEHN 'MER DEMONSTRANTEN PFLÜCKEN IM WALD?

Am Montagmorgen sind bekanntlich von der Polizei an der Bohrstelle Bäume gefällt worden, auf denen AKW-Gegner saßen. Die Bürgerinitiative erklärte hierzu in einem „Protest gegen die Verniedlichung des Polizeiterrors in Gorleben":

Wir wehren uns entschieden gegen die verharmlosende Darstellung der Aktionen von Polizei und Bundesgrenzschutz als ein „Abpflücken" der Demonstranten von Bäumen. Wir stellen fest, daß die Einsatzleitung in unverantwortlicher Weise mit Gesundheit und Leben der Demonstranten gespielt hat, indem sie ihre Beamten für das Absägen von durch Menschen besetzte Bäume einsetzte. Jedermann weiß, daß ein nicht mehr kalkulierbares Risiko entsteht, wenn Bäume abgesägt werden, auf denen Menschen in drei bis sieben Meter Höhe sitzen. Aus diesem Grunde lehnte die mit dem Abholzen beauftragte Firma die Weiterarbeit an dieser Stelle ab. Tatsächlich gab es in mehreren Fällen Verletzungen, Gehirnerschütterungen, Prellungen an Kopf und Wirbelsäule, die beim Umstürzen der abgesägten Bäume entstanden sind. Daß darüberhinaus schwerere Unfälle unterblieben sind, ist dem Zufall und keineswegs dem Vorgehen von Polizei und Bundesgrenzschutz zu danken. Die BI Lüchow-Dannenberg verurteilt das Absägen von Bäumen, auf denen Menschen sitzen, als grobe Verletzung des Verfassungsgrundsatzes von der Verhältnismäßigkeit der Mittel *(und zudem des grundgesetzlichen Rechtes auf freie Entfaltung für jeden Baum, ID)* und damit als rechtswidrig. Das Verhalten von Polizei und BGS zeigt, daß die Rechtsgüter Leben und körperliche Unversehrtheit erneut dem Durchsetzungsinteresse der Atomlobby geopfert werden. Die Verletzten behalten sich strafrechtliche Schritte gegen die Einsatzleiter vor."

KRIMINELLE ENERGIE?

Dienstagmorgen war ein aus Richtung Gedelitz zur Bohrstelle fahrender Konvoi aus mehreren Tiefladern gestoppt und blockiert worden. Um dessen Weiterfahrt zu verhindern, wurden Reifen zerstochen, Bremsleitungen zerschnitten und Zucker in die Tanks gekippt. In den meisten Zeitungen war darüber nur die Presseerklärung der Polizei zu lesen (Auszüge):

Erhebliche kriminelle Energie zeigten Kernkraftgegner am Dienstag morgen in der Lüchow-Dannenberger Ortschaft Gedelitz. Etwa 60 KKW-Gegner zwangen fahrende LKW-Fahrer zum Verlassen ihres Wagens (...) Ein Beifahrer des Tiefladers, der den Messerstecher am Zerstören weiterer Bremsleitungen hinderte, wurde nicht nur kurzfristig mit dem Stilett bedroht. (...)

Nach übereinstimmender Bestätigung der Beteiligten ist bei dieser Blockade **niemand mit einem Stilett** *bedroht worden. Der Polizeipressesprecher hat sich dies aus den Fingern gesogen. Die Bürgerinitiative erklärt hierzu:*

„Am Dienstagfrüh haben Atomkraftgegner aus dem ganzen Bundesgebiet in den Orten Gorleben, Gedelitz und Trebel Straßenblockaden mit PKWs durchgeführt um die ständig anrollenden Transporte für die Tiefbohrstelle aufzuhalten. Unbe-

„WIR RÄUMEN JETZT ENDGÜLTIG MIT EUCH AUF!"

Am Dienstagmorgen gerieten mehrere PKWs mit Atomkraftgegnern in eine Polizeisperre. Was dabei geschah, schildert die folgende Presseerklärung der Bürgerinitiative:

teiligte Fahrzeuge wurden durchgelassen. In Gedelitz wurde um 7.30 Uhr ein Transport mit fünf Tiefladern, einem Langholzlader, und einem Tieflader mit Planierraupen gestoppt und fahruntüchtig gemacht. Es wurde die Luft aus den Reifen gelassen, Sand in die Tanks geschüttet und Bremsschläuche abgeschraubt. In intensiven Gesprächen wurde den Fahrern der Sinn dieser Aktion erklärt. Vor dem Eintreffen der Polizei wurde die Blockade aufgehoben. Zurück blieben nur die fahruntüchtigen LKWs."

„Am Dienstagmorgen 8.50 Uhr ereichte der Polizeieinsatz ein neues Ausmaß an Brutalität und Willkür. Über Polizeifunk war der Einsatzleitung freie Hand gegeben worden. Nachdem die Demonstranten die Straßensperre in Gedelitz schon seit 30 Minuten verlassen hatten, erschien die Polizei. Überfallartig und ohne jeden Versuch einer Begründung wurden an der Straßensperre unbeteiligte PKWs, die aus Richtung Gorleben kamen, zum Halten gezwungen. Mit Worten wie: „Der Spaß ist vorbei! Jetzt ist es aus mit Euch! Ich hau dir eins rein! Wir räumen jetzt endgültig auf mit euch!" wurden die Insassen aus den Autos gerissen. Es wurde auf sie eingeknüppelt und getreten, einige wurden in den Graben geworfen. Ein Auto wurde in den Graben geschoben, ein Reifen zerstochen, ein Autofenster eingetreten, die Autoschlüssel in die Felder geworfen und Kabel wurden



unter dem Armaturenbrett herausgerissen. Es wurde versucht, ein Auto mithilfe eines Baumstammes umzukippen. Ein Insas: obwohl wehrlos im Graben liegend, wurde mit dem Gummiknüppel so verletzt, daß er ärztlich behandelt werden mußt. E wird Strafantrag stellen.

All das Geschilderte fand unter der Führung von Polizeioffizie ren statt. Mit diesem Überfall hat die Polizei die Auseinandersetzungen um die Tiefbohrungen in Gorleben in abenteuerlicl Weise weiter verschärft."



Trier — AKW-Gegner besetzen Denkmal

Aus Protest gegen den Beginn der Tiefbohrungen in Gorleben hat eine Gruppe von 40-50 AKW-Gegnern am Dienstagmorgen die Porta Nigra (altes röm. Gebäude) in Trier besetzt. Die Gruppe hat Instrumente mitgebracht und verteilt auch Flugblätter zu den Tiefbohrungen in Gorleben. Bis Dienstagmittag waren die Reaktionen der Passanten ganz gut. Die Polizei hat sich bis jetzt rausgehalten — nur ein durchgeknallter Pförtner versuchte die aufgehängten Transparente abzuschneiden. Vielleicht folgt nächste Woche ein ausführlicher Bericht von den Trierern.

Kein AKW mit unserem Geld

Nach mehreren Versuchen ist es auch in Mainz/Wiesbaden und in Rheinhessen soweit: Wir stehen kurz vor der Gründung einei Initiative zum Stromzahlungsboykott. Wir, das sind die, die nicht länger warten bis uns jemand vom Hocker reißt.
Zur Zeit sammeln und sortieren wir Informationen über den Stromverbrauch in unserem Gebiet, außerdem klären wir gerad die juristische Fragen zum Strobo.
Wir suchen natürlich jede Menge Leute und Haushalte, die bein Boykott mitmachen wollen. Bei 30 Haushalten schlagen wir los. Informationen und Kontakt:
Cardabella Buchladen, Ak Kronberger Hof 1, 65 Mainz
bder: M. Bücher, Mainzerstr. 22, 6501





AKW–PLAKETTE FÜR DEN RICHTER

Moers
20. August

Am 23.1.79 wurden 4 Leute aus Moers bei einem nächtlichen Spaziergang mit Kleistereimer und Plakaten (kein Atommüll in Ahaus) von der Polizei aufgehalten. Das wäre ja an sich nichts Ungewöhnliches, ungewöhnlich dagegen war, daß sie ‚ohne bei der Tat gesehen worden zu sein, angeklagt wurden wegen Sachbeschädigung. Die Kriminalisierung wandert also schon zum Vorfeld des Vorfelds.

Am 31.8. kam es dann zum Prozeß. 20 liebe AKW-Gegener/innen waren gekommen und es stellte sich bald heraus, daß selbst dem Staatsanwalt klar war, daß er mit seiner Anklage nicht weit kam. Es wurde mehrmals auf die Kriminalisierung von politisch Andersdenkenden hingewiesen, zumal von Anfang an K 14 miteingeschaltet war. Nach der Urteilsverkündung (Freispruch) wurde dem Richter ein Orden verliehen – Eine Atomkraft-Nein-Danke Plakette.

ÖKOLOGIE–FEST IN ÜBERLINGEN

Freitag,28.September: am Nachmittag gibts auf dem Pflummernplatz Stände vom Arbeitskreis 3.Welt, Arbeitskreis Frieden, Amnesty International, der Aktionsgemeinschaft Ökologie: Informationen, biologische Nahrungemittel,Suser,Zwiebelkuchen,Umweltschutzpapier, außerdem:Sonnenkollektoren
Abends um 19.00 Uhr: Konzert mit Harry und Wolfi, Blues Folk,Rags – in der Alten Realschule am See
Samstag,29.September:vormittags Stände wie oben, um 11.00 Uhr: Kundgebung am Landungsplatz: Autobahn,Zwischenlager,Sonnenenergie, Friedenspolitik
16.00 Uhr: Theater am Landungsplatz
19.00 Uhr: Konzert mit GüntherWöllfle, Alte Realschule am See: schwäbische Lieder zur Gitarre

BRIEFWECHSEL

KREFELD
29. August

Reaktion eines Umweltschützers auf eine Autogrammstunde, die Frau Schmidt – Lebensgefährtin ,unseres' Bundeskanzlers und Autorin eines Buches über Pflanzen – in Krefeld gab:

Frau Loki Schmidt
im Hause des Bundeskanzlers
5300 Bonn

Liebe Frau Schmidt!
Es ist ja wirklich toll, wie Sie sich für die heimischen Pflanzen einsetzen! Alle Achtung! Sie haben erkannt: Wir Menschen brauchen die Pflanzen, auch wir in Krefeld, denn sonst wären Sie ja wohl nicht nach Krefeld zur Autogrammstunde gekommen. Nur schade, daß Sie mit Ihrem Mann, dem Herrn Schmidt verheiratet sind, denn der möchte Ihren sehr geschätzten Pflanzen an den Kragen, bzw. an den Stengel! Da tönt er doch wider besseres Wissen herum: Liebe Leute, wir brauchen Atomkraft! Nun leiden aber die schönen Pflanzen unserer Erde (und nicht nur sie) unter den Strahlen dieser Kraft, lassen ihre Köpfchen hängen und verabschieden sich vielleicht für immer von diesem Planeten. Man könnte sagen: Was soll's? Doch irgendeinmal wird sich dann auch der Mensch, denn er ist genauso ein Lebewesen wie die Pflanzen, von dieser Erde verabschieden müssen. Was soll's?
Liebe Frau Schmidt, ich bitte Sie deshalb, mal mit Ihrem Mann zu reden, Sie sind doch mit ihm verheiratet.
In der Hoffnung, daß die Pflanzen und wir, Sie und ich, uns nicht eines Tages von der Erde verabschieden müssen, grüße ich Sie.
Ein Pflanzenfreund.

Und eine Büro-Schmidt-Antwort:

Herrn ....
4150 Krefeld

Sehr geehrter Herr ...
im Namen von Bundeskanzler Helmut Schmidt danke ich Ihnen für Ihren kritischen Brief, den Sie ihm über Frau Schmidt zukommen ließen. Ich weiß nicht, ob man das Thema nur zynisch abtun sollte? !
Im Rahmen seiner Rede zur Lage der Nation hat Helmut Schmidt zur Entscheidung der Bundesregierung zugunsten eines begrenzten Ausbaus der Kernenergie betont: ,,Es gibt ernsthafte Argumente gegen die Kernenergie, aber es gibt auch ernsthafte und gute Argumente für die Kernenergie. Die haben wir alle bedacht. Wir haben unsere Entscheidung nach bestem Wissen, aber auch nach bestem Gewissen getroffen. Mir liegt am Herzen zu sagen: Nicht nur Kernenergiegegner haben ein Gewissen, die anderen auch!".
In diesem Sinne lege ich Ihnen die Rede von Carl Friedrich von Weizäcker zur Information bei.
Mit freundlichen Grüßen
Ihr Büro Helmut Schmidt
Anlage

DIE UMWELTFESTIVAL–DOKUMENTATION IST DA!

BERLIN
Juni/Juli 78

In der Dokumentation zum Alternativen Umweltfestival Berlin (4.6. - 16.7.1978) findet ihr Erfahrungsberichte von Gruppen und Einzelpersonen, die auf dem Umweltfest aktiv waren, sowie Tagebuchaufzeichnungen, Notizen, Tips für Öffentlichkeitsarbeit, Rezepte für gesunde Ernährung, Bauanleitungen (z.B. wie ihr euch selber einen geodätischen Dom oder eine Windmühle bauen könnt), Gedichte, übergreifende Artikel und viele, viele Fotos.
Das Buch hat 192 Seiten (DinA4), eine große Zeichnung (Din A2) und 200 Fotos, es wird DM 8 kosten und ist zu beziehen über: Ralph Rieth, Markgrafenstr. 85, 1000 Berlin 61, Tel.: 030/251 91 53



SYMPOSIUM A98 (ALLGÄUAUTOBAHN)

SONTHOFEN
August '79

Seit anfang des Jahres gab es im Allgäu und im Bodenseeraum zahlreiche kleinere Aktionen gegen die geplanten Trassenführungen von A 96 und A 98. Im April '79 fand eine Baumbepflanzung auf der Autobahntrasse bei Gestratz im Allgäu statt. Es kamen ca. 500 Leute (leider fast alle im Auto), im Juni machte der Aktionskreis 3. Welt Lindau auf der Stelle des geplanten Autobahnkreuzes Wangen einen Feldgottesdienst. Anwesend: ca. 200 Leute (es strömte in Schiffen) sowie (bei beiden Veranstaltungen) das Fernsehen und die Lokalpresse.

Seit Ende Juni ist bei uns eine Immenstädter Theatertruppe unterwegs, die das Stück ,,Zipfelmüllers Alptraum" vorführt. Das Theaterstück ist von einem Allgäuer speziell zum Problem A 98 und B 19 neu (ein weiteres Straßenbauprojekt, das auf den Widerstand der Bürger stößt). Es zeichnet sich bei dieser Sache der bisher größte Erfolg fürs Oberallgäu ab: Bei einer ersten Aufführung in einem Gasthof in Sulzberg (bei Kempten) sprengten ca. 300 Leute den Saal, so daß das Theaterstück noch zwei mal in Sulzberg aufgeführt werden mußte. Insgesamt haben es bis jetzt (3 Aufführungen) fast 1000 Leute gesehen, was bei 70% CSU-Wählern schon ganz beachtlich ist.

Die Vorbereitungen für das Syposium A 98 laufen nun seitJuni in verstärktem Maße. Da nämlich trafen sich in Sonthofen auf Initiative der Allgäuer Zeitschrift Rumpelblatt einige eingeladene, umweltpolitisch interessierte Personen, um ein Arbeitstreffen zu organisieren, zu dem Naturschutzgruppen, Bürgerinitiativen, Jugend- und Alternativzeitungen eingeladen werden sollen, die an der Verhinderung der geplanten A 98 tätig sind. Ein Symposium, das Vertreter der weitverteilten Initiativen, im Bereich von Rosenheim bis Konstanz, zum sich kennen lernen und zur überregionalen Gemeinschaftsarbeit zusammenführen soll.

Thematisch fassen die Organisatoren folgende Programmpunkte ins Auge, die teils in Arbeitsgruppen, teils im Plenum zur Sprache kommen sollen:

Überblick: Erarbeitung aller möglichen Aktionen, die zur Verhinderung des Projekts führen könnten, von der Baumpflanzung bis zur Rechtsklage.

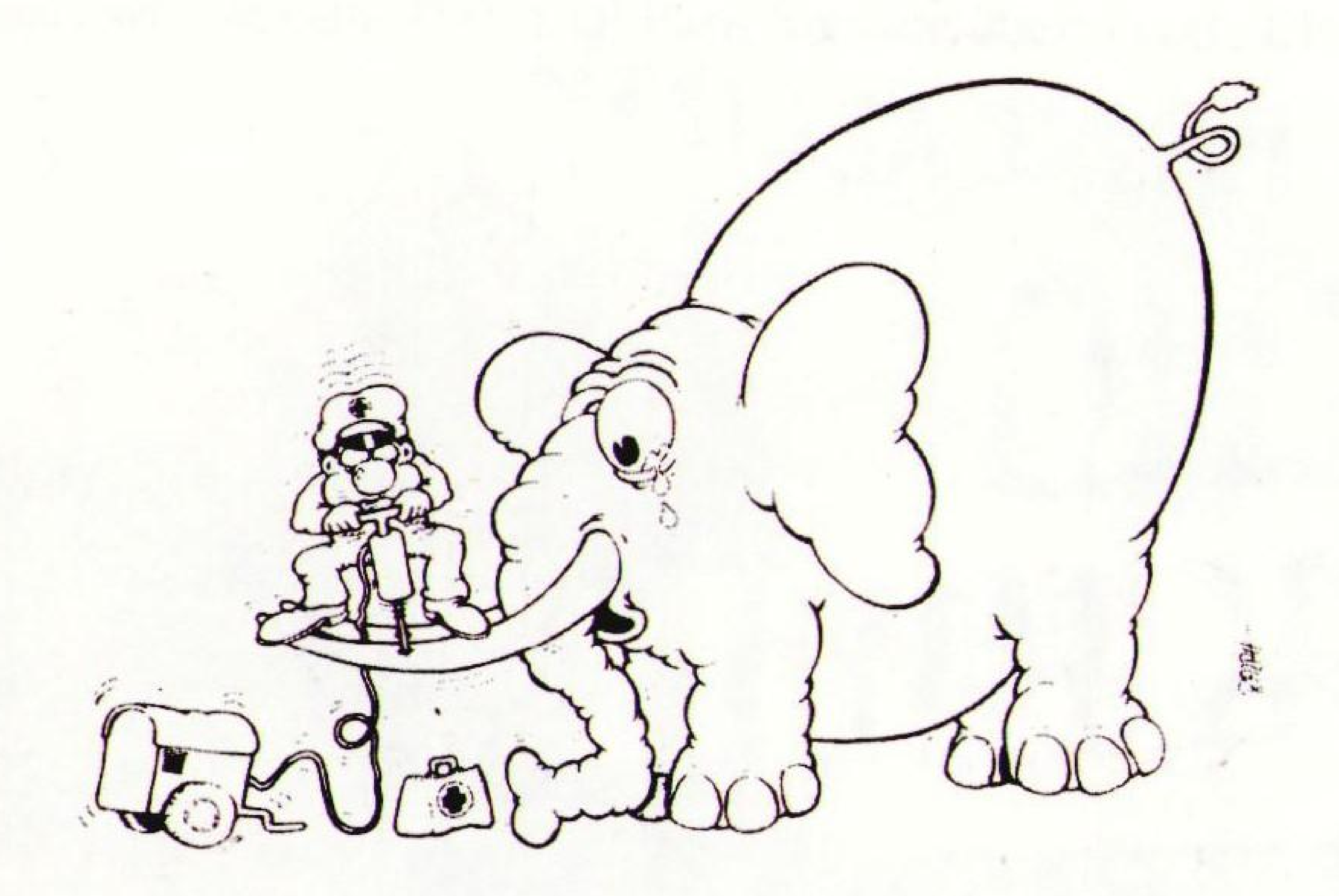
Erfahrungsaustausch: Berichte über Aktionen, Erfolge und Niederlagen der einzelnen Initiativgruppen, welche zur Puzzle-artigen Zusammenstellung der unterschiedlichen Aktivitäten entlang des Verlaufs der A 98 führen sollen.

Lösungsmöglichkeiten: Koordinierung einer überregionalen Zusammenarbeit – auch anhand medienpolitischer Aspekte, sowie Vorbereitung einer gemeinsamen Aktion und Herausgabe einer Dokumentation oder eines Serienartikels.

Somit fand die Idee, die auf einem Treffen verschiedener Jugend- und Alternativzeitschriften in Memmingen erstmals zur Sprache kam, ihren Organisator.
Das Syposium A 98 soll am 19./20./21. Oktober 79 im Internationalen Kulturzentrum Achberg (INKA) bei Wangen, ganz in der Nähe der geplanten und umkämpften Trasse stattfinden. Um dort eine überschaubare Gemeinschaft zu gewährleisten, ist das Treffen jedoch auf maximal 40 Personen beschränkt.

Noch etwas: „Wir wollen kein verplantesProgramm anbieten. Es besteht vielmehr für jede teilnehmende Initiative die Pflicht, sich so weit als möglich auf das Treffen vorzubereiten (es darf jederzeit ein reichlich bebilderter Arbeitsbericht vorgelegt werden). Außerdem brauchen wir für die Durchführung und die Vorbereitungen noch dringenst finanzielle Unterstützung, da von den einzelnen Teilnehmern später nicht übermäßig hohe Beiträge verlangt werden können."

Kontakt: Rumpelblatt, Hausnummer 9 1/2, 8971 Westerhofen/ Allgäu, Tel. 08321 / 5615.
Spenden an: Kultus, Postscheck München 3333 87–807, Vermerk: Symposium.



Neues vom Bundschuh
AUF NACH SCHWABHAUSEN !

Am Sonntag, den 23. September, soll ab 11 Uhr morgens das Gelände der geplanten Daimler-Teststrecke symbolisch besetzt werden. Auf den Aussiedlerhöfen inmitten des Testgeländes wird ein Bauernhaufen aus der Bauernkriegszeit unter den Bundschuh-Freunden und Besuchern sein Lager aufschlagen. Auf den Höfen wird es Feststimmung, eine Festscheuer mit Ausschank und Grill geben. Die Veranstalter schreiben dazu: „Diese Aktion soll zeigen, daß es in der nächsten Zukunft um dieses Gelände gehen wird und daß wir nicht bereit sind, das Gelände, UNSER LAND, freiwillig zu räumen."

BUNDSCHUH SCHLÄGT DAIMLER BENZ

Bei einem Fußballtournier, das am 26. August von der Daimler-Benz-Belegschaft in Stuttgart veranstaltet wurde, belegte die Bundschuh-Mannschaft den dritten von acht möglichen Plätzen. In der Vorrunde hatte das Bundschuh-team die Mannschaft von Daimler-Benz I (linker Flügel) mit dem hervorragenden Ergebnis von 10 : 1 ausgeschaltet. Weiter so!



DANKE FÜR DAS SCHÖNE WETTER

Altenfelder Hof
12. September

Die von der Räumung bedrohten Bewohner und -innen dieser Freak-Landwirtschafts-Hochburg (s. ID 297) schreiben über ihr Fest "Rock gegen Rausschmiß" am vergangenen Wochenende:

Das Fest, das wir vor zwei Wochen angekündigt hatten, ist gut geworden. Viele Leute kamen (zwischen vier- und fünfhundert). Viele haben bei den Vorbereitungen geholfen, und viele blieben nach dem Wochenende, um aufräumen zu helfen. Mit Ständen, Tombola und Weinverkauf konnten wir alle Kosten decken - ein gutes Gefühl.

Ob in unserem Räumungsprozeß im Oktober das Fest und sein Presseecho eine positive Wirkung haben werden, steht noch aus.

Liebe Leute, die ihr alle hier wart: schreibt uns, wie es euch gefallen hat, und ihr, die ihr fotografiert habt, schickt uns Kontaktabzüge.

Altenfelder Hof, 6471 Ober-Seemen.

Frankfurt **Verlag sucht Väter, werdende Väter, gewesene Väter u.a. Väter**

Der Verlag Jugend & Politik plant ein Buch zum Thema Vaterschaft. In Erfahrungsberichten von und Interviews mit Vätern soll versucht werden, Probleme, Ängste und Veränderungen im Verhältnis zur Mutter/Kindern/eigenem Leben darzustellen. Wir bitten alle, die mit diesen Problemen zu tun und Lust haben, etwas beizutragen, sich bei uns zu melden bzw. Meinungen, Artikel, Bilder, Comics, Tagebücher etc., etc. zu schicken: Verlag Jugend & Politik, z.Hd. Jungvater Rolf, Hamburger Allee 49, 6000 Frankfurt am Main 90 (Telefon 0611/779010).

Von der Bürgerinitiative Vaterlust/Vaterfrust kommt die Anfrage: Was, bitteschön, ist ein gewesener Vater?

Im ID kommen in der letzten Zeit immer mehr Indianer-Artikel, oft zusammen mit alarmierenden Berichten über ökologische Zerstörungen. Wir sind uns nicht ganz klar darüber, was ihr mit den Artikeln anfangen könnt. Das Interesse an Ökologie ist klar: darum geht es auch hier, aber es ging auch um eine andere Lebensweise – ist das nur ein Mythos? Gilt das Interesse auch der Frage, wie heute Indianer wirklich leben? Was denkt ihr darüber?

Conrad, ID-Auslandsgruppe

WENN IHR UNSERE FARMEN VERNICHTET, WERDEN EURE STÄDTE STERBEN!

Die Black Hills Alliance

Folgender Bericht ist eine Übersetzung aus den Akwesasne Notes vom Mai 79. Über das Akwesasne Gebiet haben wir bereits im letzten ID berichtet und auch über diese Zeitung, deren Sitz im Mittelpunkt des augenblicklichen Konflikts steht.

Und eine zweite Ergänzung zum letzten ID (leider eine sehr unerfreuliche): Wir haben ausführlich über Leonard Peltier berichtet, auch daß er es geschafft hat, aus dem Knast zu fliehen. Nun hat eine Leserin mitgeteilt, daß er erneut geschnappt worden ist. Er wurde nach Illinois gebracht, einen Knast, der für 'physische Erziehungsmaßnahmen' bekannt ist.

Die Black Hills Alliance, eine Organisation, die die verschiedenen Arten der Entwicklung in Süddakota und in den Black Hills unter die Lupe nimmt, hielt am 31. März und am 1. April 1979 in Rapid City, S.D., eine Konferenz über die Strategie ihrer Aktionen ab. Das zwei Tage dauernde Treffen bot etwa 250 – 300 Menschen die Gelegenheit zusammzukommen und die geplante Entwicklung in den Black Hills zu diskutieren. Viele Teilnehmer waren eingeborene Amerikaner. Die dort mitgeteilten Informationen gaben neue erschreckende Einblicke in die neuen Vorhaben der Energiekonzerne, die Gefahren der angewandten Technologien, die Mitwirkung der Regierung an diesen Projekten und zeigten die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Bevölkerung zum Zwecke des Überlebens.

Wie man weiß, gibt es in den Black Hills Kohle-, Gold-, Öl-, Uran-, Taconit- und – vielleicht das Kostbarste – Wasservorkommen. Die ganze Region erhielt den Namen 'Opferstätte der Nation für die Energieentwicklung', eine Bezeichnung, die angeblich bei den Zusammenkünften der Trilateralen Kommission entstanden ist.
Es gibt 13 mit Kohle betriebene 10.000 Megawatt-Kraftwerke auf der westlichen Seite der Black Hills. Dazu werden neun weitere 5.000 Megawatt-Kraftwerke geplant mit sechs Kohlevergasungsanlagen. Um das Ausmaß dieser Entwicklung zu begreifen, muß man sich vor Augen halten, daß das Four-Corners-Kraftwerk etwa 2.500 Megawatt produziert, und daß die Umweltverschmutzung durch diese Anlage schon legendär ist. Es wird gesagt, daß in ein paar Jahren die Luft in Süddakota wie die in Los Angeles sein wird.

Süddakotas neu gewählter Gouverneur William Janklow ist der fanatischste Verfechter dieser Art von Entwicklung in den Vereinigten Staaten. Janklow wurde berühmt/berüchtigt wegen der Rolle, die er als Generalstaatsanwalt bei der Verfolgung von AIM-Mitgliedern (American Indian Movement) und deren Freunden und Helfern in den letzten sechs Jahren gespielt hat. Eine seiner ersten Amtshandlungen war, das Umweltschutzministerium aufzulösen und den staatlichen Entwicklungsbehörden die Priorität zu geben. Diese Art von Mandat ist besonders verhängnisvoll für die Menschen im westlichen Süddakota, wo die meisten (nichtindianischen) Bewohner Landbesitz ohne Anspruch auf Schürfrechte für Mineralien haben. Diese Rechte hat nur eine Regierungsbehörde, und Süddakota ist dabei, diese Rechte so schnell wie möglich multinationalen Konzernen zu übertragen.

Vierundzwanzig mutlinationale Konzerne haben mit dem Staat Schürfverträge abgeschlossen, die auf eine Million Land lauten. Die Konzerne besitzen zusätzlich schon 169.000 Morgen in den Black Hills, und diese Angaben werden als niedrig eingeschätzt. Die Schürfverträge gestatten den Konzernen, das Grundstück eines jeden zu betreten und Probebohrungen ohne



Demonstration einiger Tausend Indianer gegen den Uranabbau in den Black Hills

Einwilligung des Eigentümers vorzunehmen, und alle Betroffenen können in Bezug auf solche Eindringlinge schon jetzt ein Lied singen.

Bei dem Problem des Bergbaus in den Black Hills geht es vor allem um das Kostbarste, das Wasser. Die moderne Bergbautechnik erfordert sehr viel Wasser. Ein Uranabbauprojekt von Tennessee Valley Authority im Craven Canyon Gebiet der Black Hills z.B. würde etwa 675 Gallonen Wasser pro Minute brauchen, um die Mine in Betrieb zu halten. Das Wasser wird aus dem Wassertrakt gepumpt, um den Schacht trocken zu halten. Das Wasser für diese Unternehmen würde am Fall River und den Wasserläufen entnommen werden, die durch das Pine Ridge Reservat fließen.
Einige der angewandten Technologien sind neu und werden als möglicherweise nicht ganz ungefährlich angesehen.

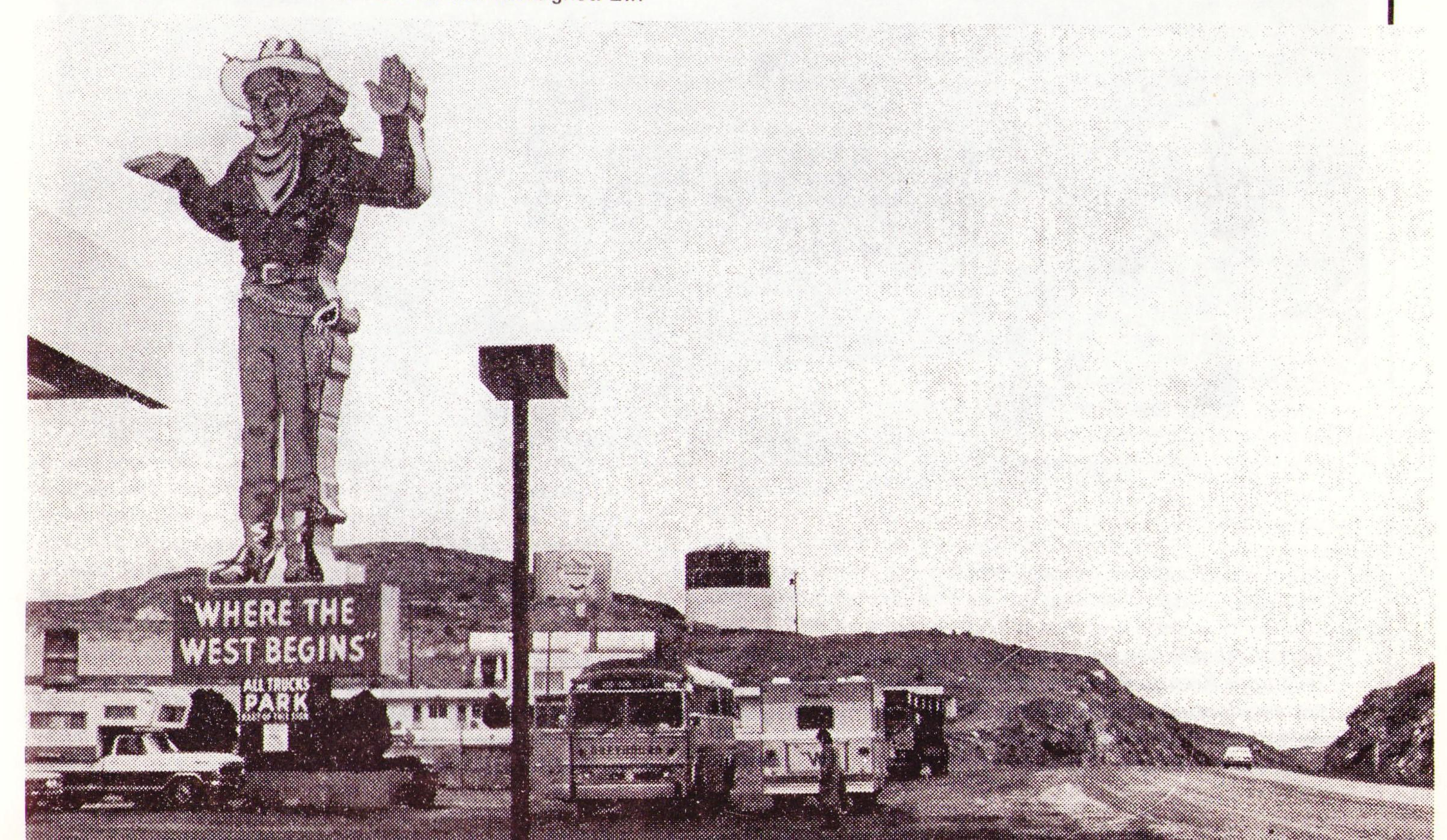
Obgleich die Konzerne laut verkünden, daß Prozesse wie das Abbauverfahren von Uranerz absolut sicher seien, werden hierbei natürliche Metalle wie Blei u.a. aktiviert, und man ist der Ansicht, daß diese Metalle, die das Leben der Tiere gefährden, durch diese Wasseradern in das Trinkwasser gelangen. Alles in allem wird die Energie-Entwicklung in dieser Region 2.800.000 Morgen/Fuß Wasser verbrauchen. Die Geologen glauben, daß diese Wassermenge in 30 Jahren erschöpft sein wird. Am Ende dieses Zeitraumes wird es keine ausbeutbaren Wassermengen mehr geben. Das ist gemeint, wenn man von einer Opferstätte für die Energie spricht. In 30 Jahren ist das ganze Gebiet verseucht, die Wasserläufe sind leergepumpt. Es ist dann eine Wüste. Ein Teilnehmer der Versammlung, Bruce Ellison, wies auf die Auswirkungen hin, die diese Entwicklung bereits auf die arglosen Indianer gehabt hat.

... Die Regierung griff (in Pine Ridge) im Sommer 1975 sehr hart zu. Zu dieser Zeit wurde auf dem Pine Ridge Reservat eine umfangreiche Studie vom Amt für indianische Angelegenheiten (BIA) durchgeführt, die die Mineralvorkommen dort feststellte. An dem Tage, als das FBI eine Gruppe Oglalas angriff, am 26. Juni 1975, verhandelte Stammespräsident Dick Wilson mit der Regierung, dem National Park Service, und ein Gebiet, das als Sheep Mountain Bombentestgelände bekannt war, wurde dem National Park Service übereignet. Ein Achtel des Reservats wurde den Bewohnern von Pine Ridge weggenommen und der Regierung übergeben. Und etwa nach einem Jahr, als die Studie des BIA veröffentlicht wurde, erfuhr man u.a., daß sich unter diesem Bombentestgelände hochradiges Uranerz befindet, worüber der Stamm jetzt keinerlei Verfügungsgewalt mehr hat – nur noch der National Park Service; der National Park Service kann allein entscheiden, ob dort mit der Förderung im Tagebau begonnen wird oder nicht. Nun, es kann kein Zufall sein, daß ganz genau am gleichen Tage das FBI nach Pine Ridge kam, aber ich erinnere mich, daß die Leute kurz darauf zu mir sagten, ja, da ist was dran, das ist kein bloßer Zufall.

Die Bewohner von Pine Ridge sagten: "Wir wissen nicht, was da unter diesem Sheep Mountain Gelände ist, aber es ist etwas, das sie um jeden Preis haben wollen, und wahrscheinlich deswegen passierte das alles damals, an dem Tag . . . Die Studie durchwühlte das ganze Pine Ridge Reservat; darunter ist eine Schicht, die Öl enthält und Naturgas. Und neben dem Uran in den Sheep Mountains gibt es dort auch Gold. Und es gibt auch Kies im Wert von Millionen und Abermillionen Dollars... Ich zähle das alles auf, weil wir hier den ganzen Zusammenhang sehen müssen. Die einzigen Menschen, die zu Anfang der siebziger Jahre und bis heute von einem wirklichen Schutz der Bodenschätze hier sprachen und sprechen, war die indianische Bevölkerung.

Um mit dem Kampf gegen diese Art der Invasion beginnen zu können, beschloß die Black Hills Alliance, die Bevölkerung zu mobilisieren, nicht die Politiker. Es wurden Arbeitskreise organisiert für Forschungsarbeit und Dokumentation, das Führen von Prozessen, für Kommunikation, Aufklärung, Aufbringen von Geldmitteln und Mobilisierung.

Es wurden Pläne für den Black Hills Survival Fair gemacht, der im Frühling 1980 stattfinden und alle Gruppen und Einzelpersonen der Hemisphäre zusammenführen soll, die sich gegen die Ausrottung organisiert haben mit Erzeuger-Kooperativen, für die Anwendung alternativer Heilmethoden und als Gruppen mit dem Ziel 'Zurück aufs Land' – alles Organisationen, die für das gemeinsame Ziel der Erhaltung des Lebens für die Zukunft und in der Zukunft kämpfen.



BUNDESARBEITSTREFFEN DER BÜRGER–INITIATIVEN GEGEN ATOMANLAGEN

Bochum 6.9.

Vom Büro für Atomenergieprobleme:
Wie ihr alle sicher längst wißt, findet am 22./23. September ein bundesweites Arbeitstreffen in Bochum statt. Dazu möchten wir euch alle herzlich einladen !!! Diese Konferenz findet auf Initiative der Arbeitsgruppe zur Verhinderung der Tiefbohrungen in Gorleben statt. Die angekündigten Tiefbohrungen, ebenso die geplante Großdemonstration in Bonn, haben erneut die Frage unseres gemeinsamen weiteren Vorgehens aufgeworfen. Auf der Konferenz soll deshalb vor allen Dingen über die nächsten gemeinsamen Aktionen diskutiert und entschieden werden.

Vorschlag der Demo-Leitung für den Ablauf der Konferenz:

Beginn mit den Berichten (14 Uhr) :

0. Der ganze organisatorische Kram
1. Zwischenlagerung – Bericht aus Ahaus
2. Bericht der Arbeitsgruppe zur Verhinderung der Tiefbohrungen
3. Bericht der Demo-Leitung zum Stand der Bonn-Demo

Sämtliche Berichte ungefähr 15 Minuten
Danach Aufteilung in Arbeitsgruppen:
weitere Strategie der Anti-AKW-Bewegung (Gorleben, Ahaus, Bonn-Demo, Kriminalisierung, wie geht es weiter? ?).

Sa. ab 20 Uhr: Besprechung der Sprecher der Arbeitsgruppen zur Zusammenfassung der Ergebnisse der AGs zur Koordinierung der Plenumssitzung am Sonntag.

So. 23.9. 10 Uhr: Bericht aus den Arbeitsgruppen (bzw. Bericht der erreichten Einheit oder Differenzen und der weiteren Vorgehensweise). Außerdem gibt es für Sonntag einen Antrag der Sani-Leute, 15 Minuten etwas zu erzählen. Danach Diskussion.

Dann entweder 13 -14 Uhr Pause zum Essen, weiter bis 16 Uhr, oder 14 Uhr Schluß und dann noch Essen !!!

Sani-Treffen:
Während des Samstags soll auf der Konferenz eine Arbeitsgruppe aller Sani-Leute und der daran interessierten Leute stattfinden.



Es darf gebohrt werden, überall und immer wieder. Die Berliner Bürgerinitiative Energieplanung und Umweltschutz, Stadtteilgruppe Kreuzberg, ist ein Beispiel vorbildlichen Eifers. Am 10. September zwischen 16 und 18 Uhr stellte sie einen eigenen Bohrturm am Kottbusser Tor und am Herrmannplatz auf. Sie informierte die Bevölkerung außerdem über Sinn und Zweck von Tiefbohrungen.

Kontakt: Sani-Gruppe Hamburg, zu erreichen über BUU (autonom), Lutherothstr. 33, 2 Hamburg 19, 040/40 27 82 oder: BUU (Delegierten Plenum), Fruchtallee 9, 2 Hamburg 19, 040/43 98 671

Materialmappe zum Arbeitstreffen:

Wir wollen alle Stellungnahmen von BIs (und auch Einzelpersonen) in einer Materialmappe zusammenstellen.
Dazu folgende Bitte: Verwendet unbedingt weißes Papier und ein schwarzes Farbband, damit wir fertige Druckvorlagen haben.Beschreibt alles nur einseitig, damit die Papiere zerschnitten werden können (fürs Lay out) ! Danke ! ! !

Schlußtermin: Do. 20.9. An diesem Tag muß euer Brief mit der Post bei uns angekommen sein, denn Freitag wird gedruckt und gelegt.

Anmeldung:
Meldet euch bitte möglichst alle an, damit wir nicht im Chaos ersticken. Tel.: 0234/33 15 33 . Dieser Anschluß ist besetzt von uns: Mo. 17.9.– Fr. 21.9. von 17 - 20 Uhr
Brief oder Karte an: Büro für Atomenergieprobleme, Alsenstraße 30, 463 Bochum 1

VORKOMMENTAR ZUM ARBEITSTREFFEN

"Bonn-Demonstration und der anachronistische Zug mit Gespenstern halbherziger Ideologien

Das wird nun nicht mehr zu verhindern sein: DKP und ähnliche Politkommödianten, die eigentlich nur noch mit "alternativem" Rock und angepaßten Liedermachern aufkreuzen können, haben wieder ihr Herz für die Anti-AKW-Bewegung entdeckt.Schrittmacher altersschwacher Politherzen war ihr Fußvolk, das nicht in Dauerschlaf versinken will. Beileibe nicht berührt wird durch den neuen alten Schlag ihrer lauen Herzen ihr politisches Ziel.
Die einen richten die üblichen Appelle an die sogenannte linke SPD, worunter auch solche geistigen Krüppel wie der sattsam bekannte jetzige „AVANTI"-Boß Röhl fällt, doch zu der entscheidenden Forderung: Keine Stimme und keine Unterstützung eines Atomkanzlers, können sie sich nicht durchringen. Sie, diese Herren (Damen gibt es wohl nicht darunter) Jusos sind also gegen die Atomindustrie, was sie sicher auf ihren Flugblättern sagen werden. Was sie eben nicht sagen werden, welche Schurkenrolle bisher die SPD gespielt hat und warum sie keineswegs mit einem immer noch besseren Übel zu vergleichen ist. Sie sind also dagegen und auch wieder dafür!
Und dann treten ja mit Sicherheit unsere alten Spalter und Kämpfer für die Erhaltung des gesetzlichen bürgerlichen Fortschritts auf und werden auch ihre eigenen Flugblätter verteilen. Darin werden sie zwar nicht gerade den unerhörten Geistesblitz von der fortschrittlichen Kernspaltung und ihrer Nutzung unter der Kontrolle einer nichts kontrollierenden Arbeiterklasse auftischen (z.B. in Magdeburg oder im Südural, sofern dort die Herren der Produktion und nun besitzenden Proletarier nicht gerade geschlossen auf Erholungsurlaub waren und Saboteure bourgeoisen Zuschnitts dort am Werk waren). Aber sie werden ungeheuer wettern gegen die bösen Monopole und die Kernvertreter der Atomindustrie und dick DKP setzen auf nicht übersehbare Schlagzeilen.
Was sollte also in Bochum beschlossen werden und nicht nur halb oder nur schwach andiskutiert werden? Wir meinen, nicht nur über die Verbindung von den Schurkenaktivitäten im Landkreis LD der allgewaltigen Grenzschützer und den Bauherren der DWK und Co., nicht nur über die grundsätzliche Frage irgendwelcher Großdemonstrationen — egal wo — nein, vor allem auch die Grundbedingungen mit vermeintlichen Bündnispartnern überhaupt zu reden oder nicht. Wir sollten prinzipielle Bedingungen diskutieren, wie die Anerkennung des Grundsatzes, daß wir alle Formen und Mittel des Widerstandes anerkennen müssen, daß keine eigenen Flugblätter auf unseren Veranstaltungen verteilt werden dürfen, daß wir grundsätzlich gegen AKW's in aller Welt sind und gegen jeglichen Export dieser lieblichen Technologien. Wer dies nicht akzeptieren will, kann uns gestohlen bleiben und sich irgendwo verbrüten lassen. Brutgelegenheiten gibt es ausreichend. Auskunft über die Elektrizitätswirtschaft und einschlägige Ministerien."
Kontakt: Eberhard Iresselt, BI gegen Atomanlagen, Glasstr. 80, 5 Köln 30

AN ALLE BÜRGERINITIATIVEN SÜDLICH VON KOBLENZ

Anlässlich der Bonn-Demo am 14.10. wurde auf dem bundesweiten Vorbereitungstreffen am 21.-22.7. in Bonn beschlossen, daß Trecks von den Standorten nach Bonn kommen sollen, und sich am Samstag den 13.10. von Norden in Köln, und von Süden in Koblenz sammeln sollen. Auch für Einzelpersonen und Gruppen (Busse) gilt diese Regelung.
In Köln und Koblenz sollen am Samstagabend Veranstaltungen durchgeführt werden, die in Koblenz voraussichtlich einen dezentralen Charakter haben werden.
Sonntagmorgens soll dann gemeinsam nach Bonn losgezogen werden.
Um nun die Veranstaltungen vorbereiten zu können, und genügend Schlafplätze beschaffen zu können, ist es für uns SEHR WICHTIG zu erfahren:
Welche BI einen Treck plant, und wie groß dieser etwa sein wird?
Wieviele Leute aus eurer BI bzw. eurem Raum etwa samstags vor der Demo sich in Koblenz einfinden werden?
GEBT UNS BITTE SO SCHNELL WIE MÖGLICH ANTWORT!!
Kontakt: Koblenzer Initiative gegen Atomanlagen
c/o Robert Burg, Hohenzollernstraße 96, 54 Koblenz

Noch'n Tip

Von Kassel aus wird am 9.10. ein neuer Fahrradtreck nach Bonn zur Demonstration am 14.10. starten. Macht was aus der Bonn-Demo! Kommt mit Rädern, Schiffen, Sonderzügen oder auf Zehenspitzen, auf alle Fälle umweltfreundlich! Organisiert was von euren Städten aus!
Näheres über den Kassel-Bonn-Fahrradtreck über:
Bernhard Dingwerth, Richtweg 19, 35 Kassel, o561/45291

IN BROKDORF DROHT DER WEITERBAU

Brokdorf 28.8.79 *Ausschnitte aus dem Brokdorf Prozeß Info:*
Wieder ist eine Gerichtsverhandlung wegen Brokdorf anberaumt. Das Schleswig-Holsteinische Verwaltungsgericht will vom 1.-5.10.79 in Schleswig einen Termin im Hauptsacheverfahren (über die Rechtmäßigkeit der 1.Teilerrichtungsgenehmigung,TEG) durchführen. (Zur Erinnerung: Vorangegangen war im Dezember 1976 und Oktober 1977 das vorläufige Eilverfahren, in dem der bis heute bestehende Baustopp verfügt worden war.)

Eins ist sicher: Die Entscheidung um Brokdorf, auch die Gerichtsentscheidung, wird auf der politischen Ebene fallen (vielleicht steht sie schon fest),nicht aufgrund noch so kluger wissenschaftlicher Argumente vor Gericht. Das politische Klima aber ist bestimmt von der Zuspitzung des Energieproblems, indem die Ölgesellschaften bewußt eine Hysterie geschürt haben und es wohl auch nicht auszuschließen ist, daß die Elektrizitätsunternehmen (mit Strom-abschaltung o. dgl.) sich dem anschließen

werden, um endgültig eine positive Entscheidung über die Zukunft der Atomenergie herbeizuführen. Dies alles müssen wir im Kopf behalten und dürfen nicht vergessen, daß eine Entscheidung über Brokdorf in dieser Situation von großer Tragweite ist.
Deshalb müssen wir den drohenden Weiterbau in Brokdorf in das Bewußtsein der Menschen bringen. Dabei müssen wir klarmachen, daß wir ein Urteil, das den Bau zuläßt, n i c h t hinnehmen werden.
Wir fordern deshalb alle Bürgerinitiativen und AKW-Gegener auf, in diesem Zusammenhang aktiv zu werden (Öffentlichkeitsarbeit,Aktion, Prozeßbesuch,Vorbereitungen für ein Vorgehen gegen den Weiterbau usw.).
In Hamburg hat sich eine Gruppe zusammengefunden, die die Aktivitäten zu Brokdorf vor und nach dem Prozeß koordinieren soll. Die Mitarbeit von vielen Leuten ist dringend erforderlich !

Treffpunkt ist Dienstag um 18 Uhr(pünktlich) im Laden Lutterothstr. 33, Hamburg 19

Kontakte: Prozeßgruppe Brokdorf c/o Paulsen, Arentsee, 2211 Brokdorf, Tel.: 04858/538
und: Brokdorf-Prozeßgruppe der BUU Hamburg, c/o Luttherothstr. 33, 2000 Hamburg 19, Tel.: 040/402 782.
Konto: Postscheckamt Hamburg, Nr. 2023 22 - 208.

HARRISBURGDEMO UND DIE FOLGEN

Frankfurt
10. September

Nach einer Demonstration gegen den atomaren Wahnsinn („Harrisburg droht überall – auch in Biblis"), an der am 7. April in Frankfurt etwa 5.000 AKW-Gegner teilgenommen hatten, wurden zwei Genossen verhaftet. Ihnen soll jetzt der Prozeß gemacht werden. Sie schreiben dazu:
Im US-Atomkraftwerk 3 Miles Island bei Harrisburg,Pennsylvania hatte sich der bisher schwerste atomare „Unfall" in der amerikanischen Geschichte ereignet. Radioaktive Dämpfe aus dem aus der Kontrolle geratenen Meiler verseuchten die Umgebung. Die Mehrzahl der 250.000 Einwohner von Harrisburg flohen. Nach anfänglicher Verharmlosung der drohenden Gefahr durch die US Regierung mußten später Angehörige der Umweltschutzbehörde zugeben, daß tausende von Bewohnern um Harrisburg verseucht wurden. Strahlenphysiker Ernst Sternglass prognostizierte einen Anstieg von Leukämieerkrankungen bei Kindern bis zu 20%. Hinzu kommen die Psychosen der Überlebenden: Angst vor Krebs und mißgebildeten Kindern.
Nun, die Demo führte an der Bleichstr. 60-62 vorbei, wo die Urangesellschaft mit beschränkter Haftung u.Co.KG ihren Sitz hat. Die Scheiben klirrten, Parolen wurden gesprüht, Kracher flogen. Die Staatsanwaltschaft Ffm. spricht von einem Schaden von 30.000 DM, Demoordner sahen bezahlte Agenten der Atomindustrie am Werk. Ihre Reaktion war Kollaboration mit den Bullendenunzianten.
Nicht die Beschimpfung, aber die offene Zusammenarbeit mit den Bullen ist ein Novum in der Geschichte der Frankfurter Demos. Es ist mehr als das traditionell zweispältige Verhältnis zur Gewalt. Die Strategie der anderen Seite, nämlich die Aufspaltung der AKW-Bewegung in die durchaus ernst zu nehmenden jungen Leute,die friedlich mit viel Phantasie gegen Umweltgefahren protestieren, auf der einen und die unverbesserlichen Politrocker, denen man das Maul stopfen und das Handwerk legen muß, auf der anderen Seite, scheint Erfolg zu haben.
Zum Schluß der Demo wurden zwei Genossen herausgegriffen. Ein Prozeß gegen sie findet am Montag, den 17. September um 10.15 Uhr Raum 265, Gebäude A in Ffm. wegen schwerem Landfriedensbruch, Verstoß gegen das Versammlungsgesetz, Sachbeschädigung usw. statt.

ALTA – CAMP

Spro, Norwegen
3.9.79

Die Karin hat uns einen Brief geschrieben...

So weit wie von Oslo nach Rom

„Ihr habt doch mal einen Artikel über ein geplantes Sommercamp in Nordnorwegen gebracht. Weil ich sowieso nach Norwegen wollte und dachte so ein Camp ist eine gute Gelegenheit Land und Leute kennenzulernen, bin ich im Juli dorthin getrampt, d.h. wir waren zu zweit.
Dahin zu kommen ist schon mal eine Geschichte für sich: von Oslo nach Alta ist soweit wie Oslo - Rom. Es gibt nur eine Straße in den Norden, die in ihrem allerbesten Zustand so wie bei uns eine mittelmäßige Landstraße ist. Manchmal hört sie auch einfach auf und man muß mit der Fähre über einen Fjord. Jedenfalls ist es schon abenteuerlich durch die Pampa da hoch zu trampen . . .
Von Oslo aus brauchten wir fünf Tage bis zum Camp. Mitte Juli waren dort noch nicht so viele Leute, ungefähr hundertfünfzig, meist Studenten aus Oslo. Später waren es vielleicht so vierhundert Leute. Das Camp liegt mitten in den Bergen, fünfzehn Kilometer weg von Alta. Wirklich schöne Landschaft, Wildnis ringsherum, in Deutschland kaum vorstellbar.
Im Camp war ziemlich alles durchorganisiert. Zweimal am Tag war großes Meeting, wo dann alle Arbeiten, die so anfielen, verteilt wurden. So wurde z.B. als wir ankamen gerade ein riesiges Zelt aufgebaut für Musik und Theatergruppen, zu tun gabs jedenfalls immer was. Jeden Tag wurden Canoefahrten auf dem Alta-Fluß, Wanderungen zu einem Kanyon, organisiert.

Tausend Leaders für alles Mögliche

Später dann, als das Camp größer wurde, wurden die Morgenversammlungen in kleinen Gruppen abgehalten, je nach Zeltlage. Diese Meetings waren für uns nach einer Weile recht langweilig und wurden zur Pflichtübung. Wir verstanden ja kein norwegisch und mußten uns immer jemanden zum übersetzen suchen. Das hatte den Nachteil, daß du aktiv da nicht an der Diskussion teilnehmen konntest. Überhaupt war das so eine Sache mit den Ausländern: wir waren nur recht wenige und fühlten uns oft übergangen. So haben wir der Leitung z.B. öfters vorgeschlagen doch auch Informationen in Englisch ans schwarze Brett zu hängen. Das hielten die aber net für nötig. So mußtest du immer hinter Leuten herrennen, um Informationen zu kriegen. Auf den neuesten Stand kamst du dabei nie und nach einer Weile hat es dir auch gestunken, ewig hinterher rennen zu müssen.
Als wir mal bei einem Abendmeeting darauf aufmerksam macht[e] war die Reaktion darauf recht schwach: wurde alles von der Leitung abgewürgt und nix veränderte sich. Überhaupt ging uns die Leitung auf den Keks. Es gab tausend Leader für alles mögliche und auf den Meetings sprachen auch immer nur dieselben. Die Leute hörten nur zu und selten gabs Kritik.

Hauptbetroffene sind die Lappen

Außer dem Camp gabs noch ein Wachzelt weiter weg bei „Stills". Dort sollten bald die Bauarbeiten für die Straße, die dann zum Bau des Kraftwerks erforderlich ist, beginnen. Im Wachzelt waren immer zwei bis vier Leute, die Funkkontakt mit dem Camp hatten und im Notfall die Leute vom Camp alarmieren konnten. In Alta wurde jeden Tag ein Info-Stand aufgebaut. Die Leute in Alta sind meist gegen den Bau, aber wollten keine Südnorweger da oben haben. Das ist wohl so eine alte Feindschaft zwischen Sued und Nord, wo die Südler die Nordler als zurückgeblieben und umgekehrt die Südler als arrogant abgestempelt werden. Genaueres weiß ich net, jedenfalls macht das die Solidarität mit dem Camp ein bißchen schwerer.
Hauptbetroffene an dem Bau waren die Lappen. Sie ziehen jedes Jahr mit ihren Rentieren die gleiche Route durch die

Berge und durch den Bau wird ihnen die Route zerstört. Sie sind die unterdrückte Minderheit, denen immer mehr ihres Lebensraumes und ihrer Lebensart genommen wird. Eigentlich betrachten sie sich als die Ureinwohner dieses Teils Norwegens (Finmark). Aber bei allen Entscheidungen über das Land werden sie einfach übergangen.
Im Camp wurde versucht, ein bißchen von der Landkultur zu vermitteln mit verschiedenen kulturellen Veranstaltungen. Da fand dann ein zweitägiges Solidaritätsfestival statt. Übrigens wohl das Nördlibste der Welt? Dort gabs viel norwegische und lappische Folklore zu hören. Aber so recht integriert waren die Lappen nicht im Camp. Sie blieben meist unter sich und waren auch ganz schön am Saufen...
Um einen guten Kontakt mit der Bevölkerung herzustellen, konnte und sollte man an den umliegenden Höfen arbeiten, das war meistens Heuernte. Dafür gabs dann Essen und manchmal auch ein bißchen Geld.
Aber nicht alle Leute aus der Umgebung sind gegen das Kraftwerk. Einige erhoffen sich davon neue Arbeitsplätze und halt Fortschritt. Bevor wir kamen, hatte eine Gruppe von Kernkraftwerksbefürwortern das Camp überfallen und Leute verprügelt...
Inzwischen haben die Bauarbeiten an der Straße in Stilla begonnen. Viele vom Camp sind hochgefahren und haben sich vor die Maschinen gesetzt. Es kam aber zu keiner größeren Konfrontation, weil die Kraftwerksbetreiber inzwischen woanders anfangen zu bauen und in Stilla erst im Herbst bauen werden. Sie hoffen, daß es dann zu kalt ist im Camp und keiner mehr da sein wird, wer weiß...
Das Camp soll noch bis Ende September laufen, weil dann wirds kalt (war auch im Juli nachts schon tierische Kälte) und im nächsten Jahr solls weitergehen. Es lohnt sich auf alle Fälle, dort hochzu fahren, nicht nur wegen der Mitternachtssonne..."

Karin

LAGERBECKEN FÜR RADIOAKTIVEN ABRAUM GEBROCHEN

New Mexico/USA
1.9.79

Ein Riss im Lagerbecken für radioaktive Rückstände aus dem Uranabbau entließ am 16. Juli 400 Millionen Liter radioaktives Wasser und 1100 t radioaktiven Abraum in den Rio Puerco Fluß bei Churchroch,New Mexico. Er fließt durch die Stadt Gallup und nach Arizona. Drei Wochen nach Auftreten des Risses an der United Nuclear Churchroch Uranmühle ist immer noch nicht geklärt, wie es dazu kommen konnte.

Gallup liegt am Grants Mineral Gürtel, wo 50 % der in den USA bekannten Uranvorräte liegen, und wird "Indianische Hauptstadt der USA" genannt aufgrund des hohen Anteils von Navajos und Pueblos an der Bevölkerung. 78 Einwohner des Navajo Tribe Churchroch Chapter House haben von United Nuclear gefordert, Viehherden und Trinkwasser zu ersetzen und das gebrochene Lagerbecken zu reparieren.

In diesem Lagerbecken werden die Rückstände gelagert,die nach Extraktion von 10 % des Materials für Yellowcake, Grundstoff für Reaktorbrennstäbe und Atomwaffen, zurückbleiben. Sie sind mit Wasser versetzt, das bis zum Verdunsten in den Becken bleibt. 85 % der Radioaktivität ist noch in diesen Rückständen erhalten.
Der Rio Puerco zeigte nach dem Unfall eine Konzentration von 100 000 picocurie Alphastrahlung. Als trinkwassertolerant wird eine Konzentration von 15 picocurie angenommen.

Kontakt: American Indian Environmental Council, 1503 Central NW, Alberquerque, NW 87103

aus: Wise (Wold Information Service an Energy)

Beobachtungen von einer Antiatomkraft-Demonstration in den USA

WEISSE,FRAUEN UND LOKALE FERNSEHSENDER

- wer unterstützt das no-nukes movement ?

NEW YORK
17. August

Max Watts ist nach Hause gefahren. Zusammen mit Peter Rot, einem Deutschen, war er bei einer Anti-AKW-Demonstration in Indian Point im Staate New York. Der erste Teil des folgenden Artikels sind die Eindrücke von Peter Rot, der seine erste Demonstration in den USA erlebte. Im zweiten Teil sieht Max Watts das alles ganz anders.

Indian Point am Hudson, im Staat New York: 5. August 1979, Sonntag Nachmittag, 32 Grad (Celsius – hier rechnen sie jetzt beides, Fahrenheit und Celsius) im Schatten. Nur 4000 Atomkraftgegner (das letzte Jahr waren es 500) versammeln sich in einem Park, 2 Meilen von dem Atomkraftwerk "Indian Point" entfernt. Sie demonstrieren und praktizieren, was sie "Bürgerlichen Ungehorsam" (Civil Disobedience) nennen: Nach 2 Stunden im Park – Reden, Musik, "Stände" und Geldsammlungen – latschen sie durch die "Dörfer" (in Amerika schauen die wie Villenvororte aus) zu dem Atomkraftwerk am Hudson Fluss hin. Dort übersteigen einige von ihnen (bis 19.00 Uhr zählten wir 28) den eigens dafür von der Firma Consolidated Edison errichteten – mit Stacheldraht gekrönten – sehr ordentlichen, 4 meter hohen, stabilen "Hurrikan" Drahtzaun. (Kosten, nach verschiedenen Quellen: zwischen US Dollar 190.000 und 700.000!) Dafür werden zum Teil Bergsteiger-Ausrüstung und, überall, Teppiche für den Stacheldraht benutzt. Bemerkenswert: Nirgendwo wird der Stacheldraht durchschnitten: Das wäre Sachbeschädigung, sagte uns einer der Aufsteiger auf dem Weg hinauf – ein anderer: "Das würde eine schwere Strafe mit sich bringen."
Auf der anderen Seite des Zaunes warten an die 500 relaxte, feixende "Sheriffs" (eigentlich sind es hier Polizisten, aus den verschiedenen Dörfern des Westchester "County" (Landkreis) zusammengezogen – die Sheriffs von der New Yorker Staats-Polizei mit ihren Boy Scout-Hüten bleiben draussen, in der Umgebung). Sobald ein Zaunkletterer den verbotenen Boden ("Privatgrund der Con Ed Company") berührt, wird sie/er von den Sheriffs gefasst; mit (eigens dafür?) bestimmten weißen Plastikhandschellen (die eisernen bleiben hinter der Hosentasche hängen) gefesselt und weggetragen. Im Fernsehen wurde später berichtet, daß die Eindringlinge eine saftige Geldstrafe von Dollar 250 oder 15 Tage Gefängnis erwartet. Die "Antinukers" selbst glaubten das kaum (Max Watts) "Für kriminelles Eindringen in privates Gelände".

Was solls? denkt jetzt der Leser. Aber lies mal weiter, dieser Artikel unterscheidet sich doch in seinem Informationswert von anderen Demo-Berichten. Was ist anders in Amerika als hierzulande? Sehr viel! Wir interviewten Leute aus der Umgebung, was sie über das AKW-Werk "Indian Point" denken. Originalton Indian Point Bewohner:
"Oh, it's great" (großartig, wie alles in Amerika, wenn man fragt.) "Wir arbeiten dort alle, sehen wir aus als ob wir sterben wollen". "Es ist überhaupt nicht gefährlich" (4 Monate nach Harrisburg!) "Die Leute, die hierher kommen, um zu demonstrieren, leben nicht hier" (die meisten kommen aus New York City, 50 Kilometer entfernt) (Es gibt auch lokale AKW-Gegner, aber eine Minderheit MW). "Die sind ein bißchen verrückt".
So, lieber Leser, du mußt in Amerika noch lange herumlaufen, um Whyler oder Gorlebener Bauern zu finden. Der durchschnittliche amerikanische Atomkraftgegner ist weiß und eine Frau und hungert nicht. Und er (sie) hat keine lokale Unterstützung – außer den Medien. Da staunste, was? Nun, warum gibt es mehr Frauen als Männer bei den Atomkraftgegnern, und warum sind sie fast alle weiß?
Bei 4000 Leuten habe ich nicht mehr als 8 Schwarze gezählt – das wären 2 promille. In der gesamten Bevölkerung machen sie fast 15 % aus und in New York City sicher mehr als 30 %.

Warum konnte diese Bewegung bisher die Schwarzen nicht erreichen? Eine Antwort gab mir eine Demonstrantin: "Die NAACP (National Association for the Advancement of Colored People – größte, wenn auch noch immer etwas konservative Organisation der Schwarzen) hat sich offiziell für Kernkraftwerke ausgesprochen. Ähnlich wie bei uns vor zwei Jahren die Gewerkschaften – mit dem ebenso dummen Argument der Arbeitsplätze.

Warum sind es mehr Frauen als Männer? Mögliche Antwort: Wenn Frauen mal anfangen politisch zu denken, sind sie leichter zu bewegen als Männer und handeln konsequenter. Sind von Männerstammtischen schon Bewegungen ausgegangen? Nun zum überraschendsten Unterschied: Fast alle der mehr als 10 privaten Fernsehsender (die wir hier empfangen können) zeigten sich an dieser Demonstration sehr interessiert und hatten jeweils ein volles Kamerateam, das von Anfang bis Ende brav und tapfer mitarbeitete, dabei. Jedes Team bekam hinterher, am Abend, in den Nachrichten viel Platz für seinen Bericht über dieses – aus europäischer Sicht sich eher als mickrig darstellende – Ereignis. Lieber Leser, ich kann dir versichern, es waren eher weniger als 4000 Leutchen bei dieser Demo: Es war fast absurd: Einer klettert über den Zaun, und zwanzig Kameras folgen, und mindestens zweihundert Fotos werden von dem "Ein Mann klettert über einen Zaun" gemacht. Dann klettert ein Mädchen, wieder folgen zwanzig Kameras, und wieder werden zweihundert Bilder von dem "Ein Mädchen klettert über einen Zaun" gemacht. Wenig Aktion, und viel Dokumentation. Die Berichterstattung ist freundlich - für die Demonstrationsteilnehmer. Man fragt sich: ist man froh, daß überhaupt etwas passiert, worüber man berichten kann

Bringt diese Demonstration doch einen Farbtupfen in das tägliche Einerlei von Banküberfällen, Mafiosi-, Polizisten- und gewöhnlichen Morden und Selbstmorden (gewöhnliche Morde sind Morde, wo Menschen wie ich und du die Opfer sind, d.h. weniger spektakulär). Meine Meinung: Die Beachtung und den Platz, den ein Vorgang in den Medien bekommt, ist umgekehrt reziprok zu seiner Bedeutung und Wichtigkeit. Also: die Anti-Atomkraft-Bewegung in den USA ist klein und nicht besonders bedeutungsvoll. Einmal – seitdem ich in den USA bin – sah ich was Explosiveres im Fernsehen: in einem der sehr zahlreichen Gefängnisse gab es einen Gefangenenaufstand mit Geiselnahme der Wächter. Kamera und Ton, die erst auf eine der Geiseln gerichtet waren, versagten plötzlich, als einer der Gefangenen anfing zu sprechen. Ton aus, Film aus. Keiner von den Nachrichtensprechern erklärte hinterher, ob es ein technischer Defekt war oder nicht. Es gab überhaupt keine Erklärung, und keine weitere Berichterstattung über diese Ereignisse im Gefängnis. Pure Schlamperei bei den so hart und präzise arbeitenden Amerikanern? Ich glaube, daß in diesem Land sicherlich explosive Dinge Passieren, nur weiß niemand davon...

Peter Rot

Setzen die US-Unternehmer jetzt auf die Kohle?

Ich bin mit manchem des Oberen nicht einverstanden, denke aber, daß es eine sehr gute subjektive Darstellung eines jungen Deutschen in den USA ist.

Zur Zeit, 6. August – 13.oo h sind noch 58 Frauen und 44 Männer im „Grasslands"-Gefängnis, in Valhalla, (so heißt das County – Kreis-Gefängnis von Westchester County). Die Aufteilung der Gefangenen nach Geschlecht, eben so wie die Überzahl der Frauen, ist – siehe oben – typisch (die Information wird so von den Organisatoren, die „WESTPAC" Westchester People's Action Coalition – natürlich Frauen – herausgegeben). Diese 102 Gefangene sind „non-kooperativ" – d.h. geben ihre Namen nicht an, haben keine Identifikationspapiere bei sich (nicht notwendig in USA, aber fast jeder hat, normalerweise,

Zwei Bilder aus Pennsylvania, im Hintergrund das Atomkraftwerk Three Miles Island





eine bis 10 Kreditkarten!). Diejenigen der etwa 150 Festgenommenen, die ihre Namen gegeben haben, werden ohne Kaution zu zahlen, entlassen. Aber die Taktik ist, die Gefängnisse maximal zu „belasten" (Gefangene müssen essen, kosten Geld). Außer den 28 Zaun-Überkletterern, die bis 19 Uhr gestern festgenommen wurden, haben bis 6 Uhr heute früh noch andere Leute in verschiedenen Stellen den Zaun entweder überklettert oder auch untergraben. Weiterhin sind etliche dutzend Demonstranten vor dem Haupttor des Indian Point KKWs festgenommen worden zwischen 23 Uhr und 6 Uhr heute morgen, als sie dort „gestorben" sind und die Straße mit ihren Leichen blockierten. Zur Zeit sind auch 2 (männliche) Gefangene in der psychiatrischen Abteilung des Gefängnisses: totale „non-kooperation".
13.30 Uhr, 6. August. 13 männliche Gefangene der F–Einheit des Gefängnisses treten in den unbegrenzten Hungerstreik mit der Forderung nach Entlassung. Weitere Forderung: Keine Trennung von anderen Gefangenen und anderen Demonstranten.

Ich bin überhaupt nicht mit Peter Rots Einschätzung der Unwichtigkeit dieser Aktion einverstanden (es gab noch andere anderswo in den USA gestern, das Datum ist als Hiroshima-Jahrestag ausgewählt):
Die äußerst positive Behandlung in den Medien ist neu; bis vor kurzem wurden sehr viele Aktionen entweder totgeschwiegen oder sehr unsympathisch dargestellt. Meine Interpretation: Ein großer Teil der amerikanischen Kapitalisten ist dabei, die nukleare Option fallenzulassen, (nur die KKWs, natürlich, nicht die Bomben). Die Gefahr der KKWs hätten sie weiterhin (für die Bevölkerung) in Kauf genommen, aber die einfachen wirtschaftlichen Faktoren sind nicht mehr zu verkraften; trotz massiver Regierungsunterstützung, Subventionen und trotz erhöhter Ölpreise sind die KKWs nicht mehr profitbringend. Die neue Berichterstattung ist, meiner Ansicht nach, ein Zeichen des Ausstieges der Kapitalisten aus der nuklearen Energie-Versorgung.

Diese Stellungnahme wird auch von Mister Hogarth geteilt, dem Mann von Connie Hogarth, der Organisatorin der gestrigen Demonstration. Interessanterweise sitzt Mr. Hogarth zuhause, beißt in seine Fingernägel, seine Frau ist im Gefängnis, kein Kontakt (bis jetzt), weil sie ihren Namen nicht hergibt, auch nicht mit Rechtsanwälten... Bis jetzt waren es hierzulande die Frauen, die ihre gefangenen Männer suchten...

Heute hat Consolidated Edison eine große Anzeige in der New-York-Times: „OPEC has raised your electric bill again. Are you ready to fight back? " (OPEC hat eure Elektrizitätsrechnung wieder erhöht. Seid ihr bereit, zurückzuschlagen?) Als Alternative zum OPEC-Öl wird in der Anzeige nur Kohle erwähnt. Kein Wort vom Atom....
Sind die deutschen Kapitalisten wieder zu stur, den neuen Wind zu riechen?

Max Watts

EINDRÜCKE AUS EINEM LAOTISCHEN FLÜCHTLINGSLAGER

BANGKOK
August

Der folgende Bericht erreichte uns aus Bangkok:

"Während unseres Thailand-Aufenthalts im August dieses Jahres besuchten wir ein nahe der laotischen Grenze gelegenes laotisches Flüchtlingslager. Es liegt östlich von Pua in der Provinz Nan, Nordnordosten des Landes und rund 250 km östlich von Chiangmai, in einer jener Provinzen, in der es laut Bangkoker Regierungskreisen schon seit Jahren "Sicherheitsprobleme" gibt, d.h. wo "Aufständische ihr Unwesen treiben".

Von Chiangmai kommend erreicht man nach 8-stündiger Fahrt mit dem Bus durch z.T. sehr schöne Landschaft mit steilen Hügeln und dichtem Dschungel die gleichnamige Provinzhauptstadt Nan. Empfanden wir den fehlenden Anblick von

Touristen eher als angenehm, so umso unangenehmer die auffallend starke Anwesenheit thailändischen Militärs. Überall in der Stadt, an fast jeder Ecke und nahezu in jedem Restaurant traf man auf Militär, lungerten Gruppen von Soldaten der thailändischen Armee oder von Einheiten der B order Patrol Police (Anti-Guerilla-Spezialtruppe) in voller Kampfausrüstung herum. Mit der Maschinenpistole auf den Knien, die Pistole im Halfter und mit Handgranaten vom Gürtel baumelnd gröhlten sie, Whisky und Bier in sich reinschüttend, in den Lokalen umher und machten Frauen an.

Nachdem man uns ohne größere Schwierigkeiten im Büro des District Officers von Pua eine Genehmigung zum Besuch des Lagers ausgestellt hatte, erreichten wir nach ein-stündiger Fahrt mit dem Minibus schließlich unser Ziel, das an einem Berghang gelegene Lager laotischer Flüchtlinge. Angesichts der Stacheldrahtumzäunung, sandsack-befestigter Unterstände und der allgegenwärtigen Präsenz thailändischer Soldaten fühlten wir uns sofort an Fotos von deutschen Konzentrationslagern erinnert. Dicht aneinandergedrängt zogen sich die palmwedelbedeckten Hütten den Berghang hinauf; 13 500 laotische Flüchtlinge, in ihrer Mehrzahl (90 %) Angehörige der Bergvölker Meo und Yao, leben hier auf engstem Raum zusammen.

Im außerhalb des Lagergeländes befindlichen Hospitals trafen wir auf den verantwortlichen Arzt, einen Amerikaner, mit dem aber nur ein kurzes Gespräch zustande kam, da er verständlicherweise sehr beschäftigt war. Das Hospital wird neben dem erwähnten Arzt (dem einzigen übrigens) durch ein internationales Team aus Krankenschwestern und -helfern geleitet und durch eine amerikanische Stiftung finanziert.
Wir empfanden es als sehr positiv, daß das Krankenhaus sowohl den Lagerinsassen als auch den thailändischen Bauern der Umgebung offensteht und kostenlose medizinische Betreuung anbietet, da sich deren materielle Lage nur wenig von der der laotischen Flüchtlinge unterscheidet.

Im Lager selbst führten wir dann ein ausführliches, interessantes Gespräch mit dem stellv. Lagerleiter, einem 28-jährigen Thai und ehemaligen Student der Politischen Wissenschaften an der Chiangmai-Universität, nachdem wir von einem Zeitungsartikel erzählten, den wir zu schreiben beabsichtigten. Er übte seine Tätigkeit als Civil Officer, als Beamter des Innenministeriums, aus. Immerhin fanden wir es bemerkenswert, daß die Lagerleitung aus Zivilisten und nicht aus Militärs besteht, die nichtdestoweniger überall mit ihren Knarren herumliefen und darauf achteten, daß niemand unerlaubt das Lager verläßt.

Die meisten Lagerangehörigen waren gleich nach dem Machtwechsel in Vientiane nach Thailand geflohen, da sie durch die neue Regierung der Pathet Lao Repressalien befürchteten. Dies wohl sicher nicht ohne Grund, denn sie waren Angehörige der ehemaligen, zu trauriger Berühmtheit gelangten Vang-Pao-Armee, einer durch den CIA finanzierten (durch Aufkauf des Opiums) 40 000 Mann starken konterrevolutionären Truppe aus den Reihen der Bergvölker. Gegenwärtig versucht man mit zunehmendem Erfolg, diese Armee, die in versprengten Gruppen nach wie vor in bestimmten Teilen Laos operiert, mit Unterstützung der USA und der VR China zu reorganisieren. Als Rekrutierungsfeld dienen die laotischen Flüchtlingslager, das Hauptquartier befindet sich im Lager bei Nong Khai.

Unser Diskussionspartner meinte, die Flüchtlinge seien nach wie vor sehr antikommunistisch eingestellt, eventuelle Rückkehrangebote — wie sie derzeit von der laotischen Regierung angeblich erwogen werden — würden sie allesamt ablehnen. Ihr Hoffen sei allein darauf gerichtet, im Westen Aufnahme zu finden. **Er mußte allerdings einräumen, daß die westlichen Länder wenig interessiert sind an "unzivilisierten" Bergbauern aus dem laotischen Dschungel, mehr dagegen an den vietnamesischen Intellektuellen und ausgebildeten Fachkräften.** Die wenigen neu hinzukommenden Flüchtlinge, die unter Einsatz ihres Lebens meist schwimmend den Mekong überqueren, der hier die Grenze zwischen Laos und Thailand bildet, hielten in ihrer Anzahl sich in etwa die Waage mit der Anzahl jener wenigen, denen es gelingt, ein Visum für ein westliches Land zu erhalten.

Ausführlich erläutert unser Gegenüber in fließendem Englisch die Haltung der thailändischen Regierung, die die historische Verantwortung für dieses Flüchtlingselend den USA und Frankreich zuschreibt. Die zeitweise 200 000 Flüchtlinge aus den östlichen Nachbarländern stellten für Thailand nicht nur eine große ökonomische Belastung dar, sondern sie bedeuteten auch ein erhebliches "Risiko" für die "nationale Sicherheit" des Landes, da sich u.U. unter die Flüchtlinge auch "kommunistische Agenten" mischen, die dann die Aufständischen in Thailand unterstützen könnten.

Die Finanzmittel für das Lager, d.h. die auszugebenden Gelder für seine Instandhaltung und für die verteilten Lebensmittel (pro Tag und Person 1/2 Kilo Reis) würden durch das UN-Hochkommissariat für Flüchtlingsfragen bereitgestellt, verwaltet werde das Budget durch das thailandische Innenministerium, welches auch die Organisierung und Projektierung übernehme. Man kann sich lebhaft vorstellen, wieviel Gelder durch den thailändischen Mittler angesichts der Korruptheit seiner Beamten auf der Strecke bleiben. Dies ist auch der hauptsächliche Streitpunkt zwischen der thailändischen Regierung und den Vereinten Nationen, die es verständlicherweise vorziehen würden, die Lager durch ihre eigenen Beamten verwalten zu lassen. **Zudem ist es der UN in Thailand nicht erlaubt, die Flüchtlinge mit mehr als 50 Pfg. pro Tag zu ernähren, denn ein Monatseinkommen von 15,- DM gilt als die offizielle Armutsgrenze. Ein Viertel der thailändischen Bevölkerung lebt unterhalb dieser Grenze, und die Regierung glaubt daher, es sich nicht erlauben zu können, die Flüchtlinge besser zu stellen als ihre eigenen Landsleute.**

Neben einer mit UN-Geldern erstellten Schule gebe es noch weitere kleine, z.T. durch kirchliche Institutionen finanzierte Schulen, die jedoch allesamt nicht ausreichen, um regelmäßige Unterrichtung aller Lagerkinder zu garantieren. Legung von Wasserleitungen und eine weitere Schule mit Lehrern aus den Reihen der Meos seien geplant.
Neben Handarbeiten (kunstvoll bestickte Kleider, Silberarbeiten) beständen keine Arbeitsmöglichkeiten, daher sah man auch unzählige, insb. männliche Jugendliche überall beschäftigungslos herumstehen.

Wie uns unser thailändischer Gesprächspartner versicherte, gebe es im Lager eine lokale Administration, jeder Bezirk habe seinen gewählten Vertreter und aufkommende Streitigkeiten würden meist nach dem traditionellen Familiengesetz dieser Bergstämme geregelt. Aufgrund der Situation allgemeiner Beschäftigungslosigkeit komme es doch häufig zu Schwierigkeiten, insb. zwischen den Angehörigen verschiedener Bergstämme. Hier greife dann die Lagerleitung schlichtend ein.

Bei einem Rundgang durch das Lager fanden wir durchweg freundliche Aufnahme. Man zeigte uns Banknoten des alten Regimes und ein alter Meo kramte seine Pfeife hervor und spielte uns Lieder vor.

Insgesamt hatten wir von unserem thailändischen Diskussionspartner einen garnicht so üblen Eindruck gewonnen, er argumentierte sehr differenziert und sachlich und weit weniger verbohrt und verhetzt antikommunistisch, wie wir es von Offizieren der thailändischen Armee her gewohnt waren, auch dann nicht, als er uns erläuterte, daß diese Region hier eine sog. "sensitive area" sei, ein Gebiet also, in dem das Militär seine Kontrolle teilweise an die thailändische Guerilla hat abtreten müssen, und indem es täglich zu bewaffneten Auseinandersetzungen komme.

Die Tatsache, daß wir uns in einem "guerillaverseuchten" Gebiet befanden, kam uns dann bei unserer Rückfahrt teuer — in finanzieller Hinsicht — zu stehen. Da wir bereits die Tickets für den Bus nach Bangkok für selbigen Abend in der Tasche hatten, waren wir darauf angewiesen, die kürzeste Route zurück nach Nan zu benutzen. Doch kein Taxi fand sich dazu bereit, da jene Straße von den "Aufständischen" kontrolliert werde und Militär wie Privatverkehr die Straße meiden würden. Erst als wir den 20-fachen Preis boten, willigte ein Taxifahrer ein. Tatsächlich begegnete uns auf der 38 km langen Strecke kein einziges Auto, obwohl wir mehrere Ortschaften passierten und selbst in den entlegendsten Gegenden Thailands Busse und Taxen zu den überall anzutreffenden Verkehrsmittel gehören. Offensichtlich versucht man,jene Dörfer aus Strafe für ihre Unterstützung der Guerilla vom öffentlichen Verkehr abzuschneiden".

KOPFWEH WEGEN PREISSTEIGERUNGEN

Neapel
5.September

Ausgerechnet in der Region mit den höchsten Arbeitslosenzahlen in der EG steht die Fabrik,deren Arbeiter am häufigsten krank werden: Alfa Sud bei Neapel. Letzte Woche sind dort eine Reihe von Arbeitern an einer neuen Krankheit erkrankt : sie hatten sich über die Preissteigerungen den Kopf zerbrochen und dabei fürchterlich Kopfweh bekommen. Ein Alfa Sud-Arbeiter berichtet:

„Jeden September nach den Sommerferien, wenn wir wieder arbeiten gehen, sind die Preise gestiegen, die Löhne gleichgeblieben. Wie soll ich so meine Familie und meine fünf Kinder durchbringen? Kann man denn so leben? Letzten Montag haben wir darüber ein wenig in meiner Abteilung geredet. Wer kann sich denn bei den teuren Preisen Gemüse und Obst für die Kinder leisten? Bei diesen ganzen Überlegungen schwirrte uns der Kopf, einer hat vorgeschlagen, die Autobahn zu besetzen, aber dann hab' ich gesagt, wenn uns der Kopf brummt, warum gehen wir dann nicht zum Arzt? Und viele sind mitgekommen;von der Karosserie, wo ich arbeite, allein an die 70."

Die Firmenleitung von Alfa Sud dementierte: es handle sich um eine unbedeutende Episode, es seien nur eine Handvoll Arbeiter gewesen, die sich krankschreiben ließen, man solle die Angelegenheit schnell vergessen.

Die Metallgewerkschaft FLM wurde böse; der Gewerkschaftsvorsitzende bei Alfa Sud: „Jemand wollte sich einen Scherz erlauben wegen einer Sache, die wirklich sehr ernst ist; darüber sollte man nicht scherzen. Dann hat sich die Sache ausgeweitet und wurde instrumentalisiert. Also bitte, reden wir nicht von einer neuen Art von Protest, es war eine Farce, weiter nichts."

BROSCHÜRE ZU EINEM VIDEOPROJEKT IN TANZANIA

HAMBURG
3. September

Unter entwicklungspolitischer Medienarbeit wird eine Arbeitsform in den Peripherieländern verstanden, die sich den Interessen der von Kolonialismus und Unterdrückung betroffenen Völkern verpflichtet weiß und einen Beitrag des Selbstbewußtwerdungsprozesses und des Kampfes dieser Völker darstellt.

An einem Beispiel aus Tanzania (Ost-Afrika) wird die Arbeit eines Videoprojektes vorgestellt, das sich abgrenzt gegenüber den Versuchen interessierter Industrien, westliche Massenkommunikationsmittel profitabel anzuwenden und die Agrarbevölkerung zu bevormunden. Das Projekt wurde im Bewußtsein entwickelt, daß das blinde "Tradition-Fortschritt"-Schema (wobei Fortschritt den Einsatz westlicher Technologien bedeutet) überwunden werden und an den Elementen der gemeinwirtschaftlichen und kollektivistischen tanzanischen Tradition angeknüpft werden muß, um gesellschaftliche Neuerungen durchzuführen.

In der Broschüre "Den Bauern eine Stimme geben" wird auf die Bedingungen, den Verlauf, einzelne Videoproduktionen und Erfahrungen eingegangen. Weiterhin wurden die Dokumentation der Wortbeiträge eines Videobandes und weiterführende Literatur- und Filmhinweise aufgenommen.

Der Umfang der Broschüre beträgt 100 Seiten. Sie kostet 5,- DM (+ Porto) und ist zu beziehen über:

MPZ Medienpädagogik Zentrum e.V., Thadenstraße 130 A, 2000 Hamburg 50. Tel.: 040/ 439 72 59 (18 – 19 Uhr)

Oberursel — Kommt wieder nach Hause!

Das Irlandsolidaritätskomitee schreibt:

Liebe ID-ler ,
als ihr unsere Reisetips zu Irland angekündigt hattet, halft ihr mit, einen Sturm zu entfesseln, könnt Ihr ihn auch wieder stoppen? Schon einen Tag nach der Ankündigung kamen soviele telefonische und schriftliche Bestellungen, daß die ganze Auflage vergriffen war. Viele waren wohl dann sauer, weil sie ihre Tips nicht rechtzeitig bekamen, und wir waren sehr verwundert, daß sich nur über Trip und Reise ein Interesse locker machen läßt. Wir gingen dann in die zweite Auflage und haben damit wohl die Sommerreisenden wesentlich bedient — aber immer noch kommen massenweis' Bestellungen und wir möchten allen zurufen:
kommt nach Haus jetzt, es ist Deutscher Herbst, tut hier was, bevor der Papst nach Irland kommt und euch alle heilig spricht.

Im nächsten Frühjahr gibts neue Irlandreisetips: bessere, weil ausführlicher und mit mehr Adressen. Wer dazu Erfahrungen gemacht hat, in diesem Sommer, der möchte die bitte beisteuern.

In der Zwischenzeit bestellt und lest bitte IRLANDINFOS 12 und 13 und die H-Block Dokumentation (Knastsituation). Je 4,00 DM incl. Porto auf Postscheckkonto 29101 - 604 Frankfurt, Internees Release Association.

Westdeutsches Irlandssolidaritätskomitee 637 Oberusel 5 PF 35 (WISK)

AUFRUF FÜR DAS ASYRECHT ALLER VERFOLGTEN BASKEN!

Paris
5. September

Die französischen Behörden haben in den vergangenen Monaten für alle Personen spanischer Herkunft den Status als politische Gefangene in Frankreich aufgehoben, die Freizügikeit von politischen Flüchtlingen beschränkt (sie dürfen sich nur noch in Departements nördlich der Loire aufhalten) und sich zum Teil geweigert, Asylgesuche entgegenzunehmen. Basken, die über die Grenze nach Frankreich kamen, um dort politisches Asyl zu suchen, wurden von der Polizei auf der Stelle zurückgeschickt. Inzwischen gibt es schon über 100 politische Flüchtlinge aus dem Baskenland, die gezwungen sind, sich in Frankreich zu verstecken.

Gegen die Praktiken der französischen Behörden fordern die verfolgten Basken zu einer Unterschriftensammlung auf.

Bitte schickt Protestbriefe (mit Name, Vorname, Beruf, Adresse, Unterschrift) an folgende Anschrift:

Quinten, Heidestr. 20, 6ooo Frankfurt

Postvertriebsstück | ID Nr. 299 | Nummer des Abos | bez. bis ID Nr. | Exempl.

Gebühr bezahlt

D 1870 CX

Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

Achtung liebe Abonnenten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, heißt das, daß baldigst Geld auf unser Postscheckkonto 5252 28-602 überwiesen werden muß, um den ID auch weiterhin wöchentlich zu erhalten . . .
KEIN GELD AUF'M KONTO – KEIN ID IM KASTEN!

LIEBER MEHR ABER BESSER

Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45
Postfach 90 03 43
6000 Frankfurt 90

Bei Bestellung bitte Stichworte angeben:
„Neuabo", „Verlängerung" oder Adresswechsel".
Außerdem die genaue Anschrift(bzw. die Abonummer)
Für ein Abonnement bitten wir um Vorauszahlung von:
18 Mark für ein Vierteljahr,das sind 12 Hefte
36 Mark für ein halbes Jahr
72 Mark für ein ganzes Jahr
Die Vorauszahlung ist zu leisten auf das
Postscheckkonto 52 52 288- 602
Postscheckamt Frankfurt (BLZ 500 100 60)

HERAUSGEBER
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Postfach 900343,
Tel.: 0611/ 704 352

Redaktionsschluß: Mittwoch 16 Uhr
Druck: Druckladen GmbH, Hamburger Allee 45

Verantwortlicher Redakteur: Richard Herding

Abonnement:
Bei Bestellung bitte Stichworte angeben: Neuabo, Verlängerung oder Adresswechsel. Außerdem die genaue Anschrift (und die Abonummer). Bitte deutlich auf die Einzahlungsabschnitte schreiben. Für ein Abonnement bitten wir um Vorauskasse von DM 18.- für ein Vierteljahr, DM 36.- für ein halbes, DM 72.- für ein ganzes Jahr Postscheckkonto 52 52 28 - 602